

A-1-B Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 31.10.2020
Tagesordnungspunkt: A Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen

Antragstext

1 Soziale Spaltung, Klimakrise, massenhaftes Artensterben, Krise unseres
2 Gesundheitssystems und eine drohende Wirtschaftskrise: Wir befinden uns in einer
3 Zeit der Krisen, was nicht erst durch die Corona-Pandemie gesellschaftlich
4 sichtbar und spürbarer wird. Marode Gesundheitssysteme, steigende Armut und
5 keine Aussicht auf Verbesserung: Die gesellschaftlichen Konsequenzen von
6 Marktlogik und Zwang zur Profitmaximierung zeigen sich so deutlich wie seit
7 Jahrzehnten nicht mehr. Und diese Krisenhaftigkeit ist kein Zufall: Krisen
8 wohnen unserem System inne und sind ein Wesensmerkmal des Kapitalismus. Die
9 Schere zwischen Arm und Reich klafft auseinander. Während man auf schnellstem
10 Weg großen Konzernen Rettungspakete schnüren konnte, blieben die Ärmsten der
11 Gesellschaft außen vor. Wer vorher schon im Niedriglohnsektor gesteckt hat,
12 rutscht spätestens mit dem Kurzarbeitergeld in Armut. Armut ist mehr als das
13 Unvermögen einzelner, sie ist systemisch: Eine Wirtschaft, die sich an
14 Profitmaximierung orientiert, missachtet unter diesem Anspruch systematisch die
15 Befriedigung selbst der grundlegendsten menschlichen Bedürfnisse. Wenn schlechte
16 Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne gut für die Wirtschaft sind, dann wird
17 klar: Dass es uns gut geht, solange es der Wirtschaft gut geht, ist nicht mehr
18 als eine Ausrede, um Profitinteressen zu verschleiern.

19 Arbeit strukturiert Gesellschaft - doch wie sie die Gesellschaft strukturiert,
20 ist zutiefst ungerecht. Während wenige davon leben können, dass andere für sie
21 arbeiten, müssen viele gegen Lohn arbeiten gehen, der ihnen im schlimmsten Fall
22 nicht mal zu einem Leben in Würde reicht oder werden gleich durch Hartz IV in
23 Armut gedrängt. Am härtesten trifft es die, die noch nie eine Lobby hatten,
24 beispielweise weil sie schon seit mehreren Generationen in Hartz IV leben oder
25 für ein Taschengeld weit unter dem Mindestlohn in einer Werkstatt für behinderte
26 Menschen arbeiten müssen. Diese Verhältnisse sind nicht durch Zufall so
27 entstanden. Die knapp 1,5 Millionen deutschen Millionär*innen haben nicht
28 einfach ein bisschen härter gearbeitet oder irgendwie Glück gehabt. Kapitalismus
29 baut darauf auf, dass es Menschen gibt, die besitzen, und andere, die dafür
30 arbeiten müssen.

31 Und auch die Klimakrise ist nicht nur das Ergebnis einzelner schlechter
32 Entscheidungen oder die Konsequenz unbekannter Fakten. Sie hat ihren Ursprung in
33 einem System, das auf Ungerechtigkeit basiert und das Mensch und Natur
34 ausbeutet. So sind auch die Folgen der Klimakrise zutiefst ungerecht verteilt
35 und diejenigen, die am wenigsten für die Klimakrise verantwortlich sind, sind am
36 härtesten von ihr betroffen. Doch Lösungen für die Eindämmung der Klimakrise
37 kratzen immer noch nur an der Oberfläche, statt ihre Ursachen an der Wurzel zu
38 packen. Diese Krisen lassen Risse im Status Quo entstehen. An ihnen wird klar:
39 was wir brauchen, sind grundlegend neue Maßstäbe und Regeln, nach denen unsere
40 Gesellschaft organisiert ist. Wir wollen mit systemischen Lösungen an diesen
41 Krisen ansetzen, um den Politikwechsel zu schaffen.

42 **Das Gute Leben für alle!**

43 Wir kämpfen für ein System, das sich nicht länger daran orientiert, wo der
44 meiste Profit generiert werden kann, sondern daran, welche Bedürfnisse eine
45 Gesellschaft hat. Um bedürfnisorientiert zu Wirtschaften müssen wir uns deswegen
46 von Profit- und Wachstumszwängen lösen. Was wir dafür brauchen, ist ein
47 radikaler Wandel der Art und Weise, wie unsere Gesellschaft und unsere
48 Wirtschaft organisiert sind. Wir müssen Bereiche der demokratischen Kontrolle
49 zuführen und dafür dem Markt entziehen. Grundrechte wie Mobilität, Gesundheit
50 oder Wohnen oder unsere Energieversorgung sind Bereiche, in denen wir uns nicht
51 länger leisten können, dass Gewinninteressen von wenigen über den Bedürfnissen
52 von vielen stehen. Nicht Konzerne, sondern wir als Gesellschaft, müssen darüber
53 entscheiden, was und zu welchen Bedingungen produziert wird. Nur so können wir
54 die Herausforderungen unserer Zeit wie soziale und wirtschaftliche
55 Ungerechtigkeit und ökologische Krisen angehen. Unsere Vision ist eine Welt, in
56 der niemand in Armut leben muss, in der niemand ausgebeutet wird und in der der
57 Wert eines Menschen nicht an seiner wirtschaftlichen Verwertbarkeit festgemacht
58 wird. Ein System, in der durch radikale Klimapolitik das 1,5-Grad-Ziel noch
59 eingehalten werden kann und in der gesellschaftliche Arbeit gerecht verteilt
60 wird, ist möglich. Was wir dafür brauchen, ist eine Demokratisierung unserer
61 Wirtschaft und unserer Gesellschaft, die allen Menschen Mitbestimmung ermöglicht
62 und eine radikale Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

63 Das derzeitige System kann nur fortbestehen, wenn es Ressourcen gibt, die
64 ausgebeutet werden können und Auslagerung möglich ist. Grundvoraussetzung für
65 das Entstehen des Kapitalismus war die rassistisch legitimierte, gewaltvolle
66 Aneignung von Ressourcen und die Versklavung von Menschen in Zeiten des
67 Kolonialismus. Ausgrenzung und Ungerechtigkeit ermöglichen auch heute, dass das
68 System erhalten bleibt. Deswegen ist es wichtig, unsere Kämpfe global zu denken
69 und sowohl bei der Bekämpfung der Klimakrise als auch in Arbeitskämpfen
70 diejenigen nicht zu vergessen, die von der Externalisierung am stärksten
71 betroffen sind: Die Ausbeutung von Lohnabhängigen und von Natur im Globalen
72 Süden muss endlich beendet werden. Weltweit leiden Menschen unter der

73 Unterdrückung im Kapitalismus und wir alle wissen: Die Klimakrise wird nicht
74 mehr lange einzudämmen sein. Ein Leben in Freiheit und Würde für alle
75 Menschen weltweit ist letztendlich nur möglich, wenn wir den Kapitalismus
76 überwinden.

77 **Schritte des Aufbruchs**

78 Arbeitskämpfe sind zentral für die Ausgestaltung unseres Zusammenlebens. Gerade
79 entscheiden nur wenige Menschen darüber, wie unsere Arbeit organisiert ist. Das
80 wollen wir nicht länger hinnehmen: Zeit, Arbeit zu demokratisieren! Deswegen
81 fordern wir eine *Arbeitszeitverkürzung auf 20 Stunden bei vollem Lohnausgleich!*
82 So realisieren wir eine stärkere Beteiligung der Arbeiter*innen am
83 erwirtschafteten Profit und machen gleichzeitig den Weg frei für ein neues
84 Verhältnis zu Arbeit: Wir schaffen Zeit für Engagement, Bildung, Beziehungen und
85 für einen selbst.

86 **Arbeitszeitverkürzung ist feministisch!**

87 Aktuell arbeiten in Deutschland ca. 47% aller Frauen und nur 15% aller Männer in
88 Teilzeit. Das liegt auch daran, dass der größte Teil der unbezahlten Sorgearbeit
89 aktuell von Frauen geleistet wird. Zu dieser Arbeit gehören unter anderem
90 Kinderbetreuung, Hausarbeit oder Pflege von Angehörigen. Wenn diese Tätigkeiten
91 nicht mit einem Vollzeitjob vereinbar sind, sind es folglich in erster Linie
92 Frauen, die für diese Tätigkeiten ihre Arbeitszeit reduzieren. Wir wollen durch
93 die Arbeitszeitverkürzung eine gerechtere Verteilung von Care-Arbeit schaffen.

94 Doch das allein wird nicht reichen. Solange einige wenige darüber entscheiden,
95 was produziert wird, welches Bedürfnis befriedigt, welches neu geschaffen und
96 welches vernachlässigt wird, solange wird Arbeit nicht dem Wohle der
97 Gesellschaft dienen. Arbeit zu demokratisieren heißt auch, dass wir entscheiden
98 wollen, für was wir arbeiten und was wir produzieren. Demokratische Strukturen
99 müssen in der Wirtschaft eine zentrale Rolle spielen, die "unsichtbare Hand des
100 Marktes" ist nicht nur undemokratisch, sie löst unsere Krisen nicht, sondern
101 löst sie aus. Unternehmen müssen für die Menschen da sein und sollten
102 dementsprechend auch von ihnen gestaltet werden. Wir fordern als ersten Schritt
103 *mindestens 50 Prozent der Plätze in Aufsichtsräten und Vorständen von*
104 *Unternehmen durch Arbeiter*innen zu besetzen.* Langfristig ist unser Ziel, dass
105 keine Profite mehr auf Kosten der Arbeiter*innen und der Gesellschaft gemacht
106 werden können.

107 Wir wollen eine Wirtschaft, in welcher soziale, ökologische, demokratische und
108 inklusive Maßstäbe das Handeln der wirtschaftlichen Akteure bestimmen. Ein
109 Schritt um diese Vision zu ermöglichen ist ein politischer Rahmen, der diese
110 fördert. Kein Unternehmen soll sich zwischen guten Löhnen und Umweltschutz

111 entscheiden müssen. Unternehmen die nach diesen Maßstäben handeln, sollten
112 Vorteile im Bezug auf Steuern und Zölle sowie bei der Vergabe von öffentlichen
113 Aufträgen und Krediten zugestanden werden, während Unternehmen, welche
114 abweichend dieser Maßstäbe handeln, durch dieses Anreizsystem in eine andere
115 Richtung gelenkt werden sollen.

116 **Unternehmen gehören in die Hände derer, die in ihnen**
117 **arbeiten.**

118 Wer etwas in unserer Gesellschaft grundlegend verändern will, muss
119 gesellschaftlichen Reichtum gerecht verteilen. Dafür braucht es eine starke
120 Gesellschaft, die solidarisch zusammenhält und einen Staat, der einen massiven
121 Umbau des Steuersystems in Angriff nimmt. Unser Augenmerk muss auf der
122 Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums liegen. Neben einer progressiven
123 Vermögenssteuer, sowie einer progressiven Finanztransaktionssteuer ist auch
124 eine Reform der Erbschaftssteuer von Nöten. Wir stehen für eine gestaffelte
125 und deutlich verschärfte Erbschaftssteuer, die auf dem familiären Verhältnis
126 und dem bisherigen Reichtum der Erb*innen basiert. Ab einer Millionen Euro kann
127 eine Erbschaftssteuer von bis zu 100% erhoben werden. Unternehmen oder
128 Unternehmensanteile, die unter diesen Bedingungen nicht vererbt werden können,
129 werden in die Hände der Allgemeinheit oder der Belegschaft übergeben. Damit
130 legen wir den Grundstein für eine wahrhaft soziale Daseinsfürsorge für alle
131 und verhindern die überproportionale Machtausübung durch wenige reiche
132 Individuen.

133 Es ist ökologisch und ökonomisch gefährlich, dass die Bundesregierung auf der
134 Investitionsbremse steht und am Dogma der schwarzen Null festhält. So wird seit
135 Jahren eine staatliche Daseinsvorsorge verhindert, Schulen, Bibliotheken und
136 Schwimmbäder werden kaputtgespart. Wir setzen uns für ein *Investitionspaket* ein,
137 das die sozial-ökologischen Krisen ernst nimmt und aktiv dagegen ansteuert. Um
138 gut gegen die Wirtschaftskrise gewappnet zu sein, die die Coronakrise mit sich
139 bringt, brauchen wir jetzt Investitionen in unseren *Bahnverkehr*, den
140 *öffentlichen Nahverkehr* und eine *Grundsicherung, die armutsfest ist*. Ebenfalls
141 brauchen wir eine Offensive in der finanziellen Unterstützung der jungen
142 Menschen: *Bafög endlich für alle Studierenden öffnen* und die
143 *Ausbildungsvergütung besonders in Zeiten der Krise zu 100% weiterführen*. Schulen
144 müssen Orte des Lernens für alle sein. *Deshalb müssen sie so ausgestattet*
145 *werden, dass an ihnen vollkommen unabhängig vom Geldbeutel gelernt werden kann*.
146 Nur so schaffen wir eine wirklich solidarische Gemeinschaft.

147 Sozialer Umbau und eine Wirtschaft, die Menschen dient, endet nicht an Grenzen.
148 Die Austeritätspolitik besonders im europäischen Süden hat fehlende
149 Gesundheitsinfrastruktur, Jugendarbeitslosigkeit und existentielle Armut mit
150 sich gebracht. Die Folgen können wir während der Coronakrise beobachten, die in
151 Ländern wie Italien und Spanien nicht zufällig besonders hohe Opferzahlen
152

153 gefordert hat. Damit muss Schluss sein! Ein wirklich demokratisches und soziales
154 System fußt niemals auf dem Leid Anderer.
Deshalb fordern wir eine schnelle und umfassende Abkehr vom Sparkurs der EU.

155 Den wahren Preis unseres Wirtschaftens auf dem Markt zahlen andere.
156 Umweltverschmutzung und die Zerstörung von Ökosystemen, aber auch schwere
157 Arbeitsrechtsverletzungen und globale Krisen wie die Klimakrise und massenhaftes
158 Artensterben, treffen den globalen Süden am schwersten. Als ersten Schritt gegen
159 die globale Ausbeutung von Mensch und Natur *fordern wir ein konsequentes*
160 *Lieferkettengesetz für die Europäische Union*. Zudem muss ein politischer Rahmen
161 geschaffen werden, in dem Firmen Verantwortung, beispielsweise für soziale
162 Gerechtigkeit und Klimaschutz, übernehmen müssen. Unser Ziel aber muss eine
163 globale Wirtschaft sein, in der Ausbeutung und Klimazerstörung der Vergangenheit
164 angehören!

165 **Gemeinsam in ein neues Morgen**

166 In den letzten Jahrzehnten war die politische Debatte geprägt von Systemerhalt
167 und Stillstand. Systemkritik wurde und wird teilweise immer noch als Tabu
168 behandelt. Wer dafür einstand, für eine andere Art des Wirtschaftens zu kämpfen,
169 wurde als Antidemokrat*in bezeichnet und an den Verfassungsschutz verwiesen. Die
170 Gleichsetzung von profitmaximierender Wirtschaftsweise und Demokratie dient so
171 schon lange dazu, Debatten rund um die kapitalistische Gesellschaftsordnung und
172 Systemfragen zu verhindern und sorgt dafür, dass der gesellschaftliche Diskurs
173 entpolitisiert wird. Während die Gesellschaft immer liberaler wurde, wurden
174 trotzdem Kämpfe für eine gerechtere Gesellschaft, insbesondere auch im globalen
175 Kontext, eine gleichere Verteilung des Reichtums sowie für bessere
176 Arbeitsverhältnisse in vielen Bereichen immer wieder verloren. Dabei ist es
177 genau das Gegenteil: Es ist nicht demokratisch, dass uns als Gesellschaft ein
178 Zugriff auf die grundlegendsten Bereiche unseres Zusammenlebens verwehrt bleibt:
179 Produktions-, Wirtschafts- und Arbeitsverhältnisse. Doch immer mehr Menschen
180 begehren auf und wollen nicht weiter hinnehmen, dass eine Politik gemacht wird,
181 die den Interessen der Vielen entgegensteht. In den letzten Jahren haben wir
182 erlebt, wie sich breite gesellschaftliche Bündnisse bildeten, die auf der Straße
183 gegen den Status Quo mobilisierten, sei es Fridays for Future, die Seebrücke
184 oder Unteilbar.

185 Corona hat viele vermeintliche Selbstverständlichkeiten in Frage gestellt. Wir
186 haben gesehen, wie krisenhaft unsere Gesellschaft ist. Wir haben gesehen, wie
187 die Schwarze Null gefallen ist und wir haben gesehen, dass Politik
188 handlungsfähig sein kann. Schon lange haben wir nicht mehr so grundsätzlich
189 darüber diskutiert, wie wir zusammenleben wollen, wie im letzten Jahr. Als GRÜNE
190 JUGEND glauben wir, dass eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse nicht
191 nur möglich, sondern auch absolut notwendig ist. Deswegen verfolgen wir eine
192 politische Praxis, die sowohl auf konkrete Verbesserung im Hier und Jetzt zielt

193 und gleichzeitig einen Weg in eine Zukunft jenseits des Kapitalismus aufzeigt.

194 Wir erteilen jenen, die versuchen, den Status Quo zum Naturgesetz zu erklären,
195 eine Absage und kämpfen für eine Welt, die sich an den Bedürfnissen der Vielen
196 orientiert, statt an den Profiten Einzelner. Es kommt jetzt darauf an: Um für
197 den Politikwechsel zu kämpfen, braucht es ein neues gesellschaftliches Bündnis
198 und eine Organisierung linker und progressiver Kräfte. Der GRÜNEN JUGEND kommt
199 dabei eine wichtige Rolle zu. Als linker und progressiver Richtungsverband
200 arbeiten wir im nächsten Jahr gemeinsam mit vielen anderen Akteur*innen daran,
201 eine Gegenerzählung zu entwickeln. Der Kampf um das gute Leben ist noch lange
202 nicht verloren. Er geht gerade erst los.

A-2-B Armut bekämpfen, Absicherung für alle!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 31.10.2020
Tagesordnungspunkt: A Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen

Antragstext

1 Vor 17 Jahren trat die Agenda 2010 in Kraft und damit auch ein massiver Umbau
2 des Sozialstaats. Das Ziel der Agenda war es, „den Standortfaktor Deutschland
3 zu stärken“ und die sogenannte Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.
4 Eindrücklich hat sie gezeigt, dass nicht alles, was für die Wirtschaft gut
5 ist, auch für die Menschen gut ist. Im Zweifel heißt Standortfaktoren zu
6 stärken nämlich, Löhne zu senken und soziale Sicherungssysteme abzubauen.

7 Mit der Lockerung von Arbeiter*innenrechten schaffte man den größten
8 Niedriglohnsektor Europas. Was auf der einen Seite attraktiv für Unternehmen
9 ist, hat auf der anderen Seite Millionen von Menschen Armut gebracht. Fast
10 jede*r vierte Lohnarbeiter*in lebt heute knapp über oder unter der
11 Armutsgrenze. Mit Hartz 4 wurde eine Leistung geschaffen, die nicht zum Ziel
12 hatte, Menschen abzusichern und vor Armut zu schützen. Die Prinzipien von
13 „Fordern und Fördern“ haben zum Ziel, Menschen schnellstmöglich zurück in
14 den Arbeitsmarkt zu drängen. Gefördert wird dabei jedoch lediglich der
15 Niedriglohnsektor. Wer wählen muss zwischen einer prekären Beschäftigung und
16 der Aussicht, mit Hartz 4 zurückgelassen zu werden, hat keine richtige Wahl.
17 Was dabei verloren geht, ist das Recht auf Selbstbestimmung und die eigene
18 Lebensgestaltung, sowie die Perspektive, diesen Teufelskreis aus eigener Kraft
19 verlassen zu können.

Eine Frage der Demokratie

21 Das Zusammenspiel von dem Auflösen sicherer Arbeitsverhältnisse und dem Wissen
22 darum, dass Hartz 4 keine wirkliche Existenzsicherung ist, führt zu einem
23 Verlust von Sicherheit und Vertrauen in Politik, Demokratie und Rechtsstaat und
24 damit auch zu einer gesellschaftlichen Spaltung. An dieser Spaltung versuchen
25 Rechte stetig mit ihren menschenfeindlichen Ideologien anzuknüpfen.

26 Spätestens damit wird das sozial- und arbeitsmarktpolitische „Weiter so!“
27

28 zur fahrlässigen Gefährdung für unsere Demokratie. Die aktive Verweigerung
29 von konservativer und marktliberaler Politik, Armut in unserer Gesellschaft
30 konsequent zu bekämpfen, kommt der Förderung gesellschaftlicher Spaltung
31 gleich. Soziale Fragen betreffen nicht nur die diejenigen, die unmittelbar von
32 Armut und Ausbeutung betroffen sind, sondern uns alle: An ihnen misst sich, wie
33 krisenfest eine Gesellschaft ist und wie ernst wir das Versprechen auf
34 gleichwertige Lebensverhältnisse und den Anspruch auf ein Leben in Würde
35 meinen. Der Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit ist ein Kampf für unsere
36 Demokratie. Gesellschaftliche Spaltung und der ständige Druck, nicht in
37 Armutsverhältnisse abzurutschen, führen zu Konkurrenzkampf,
38 Abgrenzungskämpfen und verhindern Solidarität und Zusammenhalt innerhalb
39 unserer Gesellschaft. Es ist unsere Pflicht als Verteidiger*innen der
40 Demokratie, eine standhafte soziale Absicherung und echte Perspektiven für
gesellschaftliche und ökonomische Teilhabe zu schaffen.

41 Dass es Armut gibt, ist kein Naturgesetz. Sie entspringt einer Gesellschaft, die
42 auf Klassengegensätzen aufbaut. Dass Wenige immer reicher werden können, liegt
43 nicht zuletzt daran, dass es auf der anderen Seite Ausbeutung und Armut gibt.
44 Die Unterschiede zwischen Arm und Reich werden so aktiv aufrecht erhalten. Doch
45 wir sind nicht machtlos gegenüber diesem Ungleichgewicht, gesellschaftliche
46 Verhältnisse sind veränderbar: Gemeinsam kämpfen wir für eine Gesellschaft,
47 in der niemand in Armut leben muss, denn es reicht für uns alle! Wir brauchen
48 eine vollständige Abkehr von der Agenda 2010 und ihrem neoliberalen Geist. Im
49 Fokus unserer Politik stehen die Bedürfnisse der Vielen und nicht die
50 Profitinteressen der Wenigen.

51 **Armut und Ausbeutung bekämpfen, dem Niedriglohnsektor den** 52 **Kampf ansagen!**

53 Schnell denkt man bei Armut nur an Arbeitslosigkeit. Jedoch leben viele Menschen
54 in Armut, weil sie im Niedriglohnsektor feststecken. Unsere viel zu niedrigen
55 Mindestlöhne, Werkverträge, Leiharbeit und jahrelange Fehlentwicklungen im
56 Niedriglohnsektor zwingen schon jetzt Menschen, die arbeiten gehen, mit Hartz 4
57 aufzustocken.

58 Besonders die Berufsgruppen, die wir in der Coronakrise als
59 gesellschaftsrelevant erlebt haben, wie Pflege, Supermarktmitarbeiter*innen,
60 Putzkräfte und Menschen in der Ernte, im Schlachtbetrieb oder in der Baubranche
61 werden in den Niedriglohnsektor gezwungen und bekommen weniger Lohn als ihnen -
62 gemessen am gesellschaftlichen Wert ihrer Arbeit - zusteht. Unter der Prämisse
63 der Finanzkrise 2008 rechtfertigen Politiker*innen und Arbeitgeber*innen immer
64 noch prekäre und befristete Arbeitsverhältnisse, verdienen sich damit eine
65 goldene Nase oder rühmen sich mit einer niedrigen Arbeitslosenquote. Doch diese
66 Zahlen sind keine wirklichen Indikatoren für Wohlstand oder Gerechtigkeit - die
67 Folgen der Krise werden weiterhin auf den Schultern der Ärmsten abgeladen. Damit

68 muss Schluss sein. Wir sagen dem ausbeuterischen Niedriglohnsektor den Kampf an
69 und fordern:

70 • Einen armutsfesten Mindestlohn, der mindestens bei 15 Euro liegt und
71 ausnahmslos in jedem Alter und jedem Beschäftigungsverhältnis gilt,
72 ausdrücklich auch in Werkstätten für behinderte Menschen

73 • Die Stärkung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen

74 • Die Umwandlung aller Minijobs in sozialversicherungspflichtige
75 Beschäftigungsverhältnisse

76 • Ein Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen

77 • Ein Verbot sachgrundloser Befristung von Arbeitsverträgen

78 **Absicherung für alle: Ein Sicherheitsnetz, das niemanden** 79 **zurücklässt!**

80 Wenn Menschen arbeitslos werden, braucht es ein Sicherheitsnetz, das sie
81 auffängt. Eine Grundsicherung ist ein Grundrecht und darf kein Instrument sein,
82 um Menschen wieder auf den Arbeitsmarkt zu zwingen. Hartz 4 ist dazu nicht in
83 der Lage, deswegen müssen wir es überwinden. Wir brauchen eine Grundsicherung,
84 die niemanden zurücklässt und Menschen auffängt, sie effektiv vor Armut
85 schützt und ihnen ein Leben in Würde und ohne Stigma und somit den Zugang zu
86 gesellschaftlicher, demokratischer und wirtschaftlicher Teilhabe ermöglicht.
87 Zur Finanzierung braucht es eine höhere Besteuerung von Einkommen, Vermögen
88 und Erbschaften. Als Eckpfeiler fordern wir:

89 • Ein Ende der Sanktionierung: Sanktionen sind ein Mittel, um Menschen in
90 Lohnarbeit zu zwingen, die nicht selten schlecht bezahlt, befristet oder
91 fern von den Interessen der jeweiligen Person liegen. Niemand darf zur
92 Arbeit gezwungen werden. Das Existenzminimum ist bedingungslos zu
93 gewährleisten, denn alles andere ist menschenunwürdig.

94 • Eine armutsfeste Höhe: Hartz 4 ist künstlich kleingerechnet und liegt
95 mindestens 200 Euro unter dem tatsächlichen Existenzminimum. Dadurch
96 verwehrt man Menschen Sicherheit und die Möglichkeit für Teilhabe an der
97 Gesellschaft. Wir fordern eine Grundsicherung in Höhe von mindestens 1100
98 Euro. Mitinbegriffen sind sowohl das Existenzminimum als auch die Kosten
99 der Unterkunft. Die individuelle Lebenssituation muss es dabei weiter
100 möglich machen, Mehrbedarfe zu beantragen.

- 101 • Eine automatische Auszahlung: Die Grundsicherung soll automatisch an alle
102 ausgezahlt werden, die in keinem Lohnarbeitsverhältnis sind. Niemand in
103 Lohnarbeit sollte mit der Grundsicherung noch aufstocken müssen, um über
104 die Armutsgrenze zu kommen. Solange es noch keinen armutsfesten
105 Mindestlohn gibt, sorgt die Grundsicherung dafür, dass niemand unterhalb
106 der Armutsgrenze leben muss. So machen wir Schluss mit verdeckter Armut.
107 Als Mittel zur Automatisierung kann sich eine Eingliederung ins
108 Steuersystem eignen.

109 Kinder haben ein Recht und einen eigenständigen Anspruch auf die Sicherung ihres
110 Existenzminimums. Wir fordern:

- 111 • Eine Kindergrundsicherung: Aktuell wird Familien in Hartz 4 das Kindergeld
112 angerechnet, während wohlhabende Familien sogar einen höheren Betrag als
113 das Kindergeld durch Steuerfreibeträge erhalten. Das ist nicht gerecht!
114 Wir wollen das Kindergeld durch die Kindergrundsicherung ablösen. Sie
115 stellt sicher, dass die Familien, die es am meisten benötigen, die meiste
116 finanzielle Unterstützung erhalten. Alle Familien bekommen den selben
117 Grundbetrag von mindestens 300 Euro, der das jetzige Kindergeld ersetzt.
118 Dazu kommt ein Zusatzbetrag, der mit dem Einkommen der Eltern abschmilzt.

119 Eine gute Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht und darf nicht vom
120 Geldbeutel abhängen. Gleichzeitig wird eine schlechte Gesundheitsversorgung
121 schnell zur Armutsfalle, deswegen fordern wir:

- 122 • Eine Bürger*innenversicherung: Unser Gesundheitssystem ist in zwei
123 Klassen unterteilt: Privat- und gesetzliche Krankenkassen. Um endlich aus
124 diesem ungerechten System auszusteigen, fordern wir eine
125 Bürger*innenversicherung für alle. Sie garantiert, dass niemand bei der
126 Terminvergabe aufgrund des höheren Einkommens bevorzugt wird und sichert
127 allen Menschen unabhängig vom Geldbeutel gleichberechtigt die notwendige
128 Gesundheitsversorgung zu.

129 Der Kampf gegen soziale Spaltung ist nur zu gewinnen, wenn wir uns
130 zusammenschließen. Als GRÜNE JUGEND reihen wir uns in die Kämpfe der
131 Arbeiter*innen ein und machen klar: Eine Gesellschaft ohne Armut ist möglich!

A-3-B Soziale Grundrechte, jetzt!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 31.10.2020
Tagesordnungspunkt: A Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen

Antragstext

1 Ob das Recht auf Wohnen, Mobilität oder Gesundheit: Soziale Grundrechte sind ein
2 Grundpfeiler einer solidarischen Gesellschaft. Ein Dach über dem Kopf, die
3 Möglichkeit, den Ort zu wechseln, und ein Zugang zu Gesundheitssystemen, der
4 nicht an irgendwelche Voraussetzungen gebunden ist, sind grundlegend für ein
5 funktionierendes soziales Netz. Gerade in den letzten Monaten haben wir jedoch
6 so offensichtlich wie selten spüren müssen, dass sie längst keine
7 Selbstverständlichkeit sind.

8 Es wurde deutlich, wer in der Krise zuerst ausgeschlossen wird: Obdachlose,
9 Asylsuchende, Menschen ohne oder mit geringem Einkommen, Familien mit kleinen
10 Kindern auf viel zu engem Raum - all diese Menschen werden häufig übersehen, und
11 schlimmer noch, bewusst übergangen, wenn es darum geht, ihre unmittelbaren
12 Bedürfnisse nach einem würdevollen Leben zu erfüllen. Während einige die
13 Quarantäne gemütlich im Eigenheim mit großem Garten verbringen konnten, mussten
14 andere weiter auf der Straße leben oder zusammengepfercht in Flüchtlingslagern,
15 bestenfalls in Deutschland, schlimmstenfalls auf einer griechischen Insel in
16 einem Lager wie Moria. Dass soziale Grundrechte bisher im Grundgesetz keine
17 Rolle spielen, und vielmehr noch eingeschränkt werden wie beim Asylrecht, ist
18 kein Zufall. Soziale Grundrechte gelten als "nicht bezahlbar", als "linke
19 Spinnerei". Doch die Unverletzbarkeit der Würde des Menschen wird zur Floskel,
20 wenn mit ihr nicht einmal der Anspruch auf ein Dach über dem Kopf einhergeht!

21 Wenn Menschen Patient*innen zweiter Klasse werden, wenn lebenswichtige
22 medizinische Maßnahmen an Nationalität und Gesundheitszustand geknüpft
23 werden, dann muss klar werden: Gesundheitsversorgung muss endlich von
24 Profitmaximierung getrennt werden. Jede Person verdient nicht nur im akuten
25 Notfall die bestmögliche Behandlung und Versorgung. Die Corona-Pandemie hat
26 noch deutlicher gezeigt, was für eine wichtige Rolle Psychische Gesundheit
27 spielt und wie groß der Handlungsbedarf ist - wir brauchen jetzt Lösungen zur
28 Beseitigung des Therapiemangels, damit alle, die Hilfe brauchen, sie
29 niedrigschwellig bekommen können.

30 Die Pandemie hat uns auch einmal mehr deutlich gemacht, dass Bildung stark
31 abhängig ist vom Geldbeutel der Eltern. Das ist nicht gerecht! Schüler*innen
32 und Lehrende dürfen nicht hinter Fußballspielen zurückgestellt werden und
33 Bildung nicht länger als nice-to-have verkauft werden. Inklusive und für alle
34 Kinder und Jugendliche zugängliche Bildung ist Grundrecht und
35 Grundvoraussetzung für eine gleichberechtigte Gesellschaft. Und zu dieser
36 gleichberechtigten Gesellschaft gehört auch, dass alle an ihr teilnehmen
37 können: Dafür braucht es Vorrang für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen
38 und öffentliche Nahverkehrsmittel, die uns nicht nur zuverlässig, eng getaktet
39 und modern überall hin bringen - sondern die vor allem auch kostenfrei sind:
40 Mobilität für alle!

41 Wer systematisch von diesen grundlegenden Bedingungen des gesellschaftlichen
42 Zusammenseins ausgeschlossen wird, wird damit behandelt wie ein Mensch zweiter
43 Klasse. Da reicht es nicht, wenn das Bundesverfassungsgericht entscheidet, dass
44 es Hartz 4-Kürzungen nur noch um 30% geben darf. Da reicht es nicht, wenn
45 Politiker*innen medienwirksam Tafelessen verteilen, sondern da müssen Garantien
46 her, damit nicht ein einziger Mensch überhaupt auf Tafeln angewiesen ist. Da
47 müssen soziale Grundrechte her, die einklagbar sind und auf die man sich
48 jederzeit berufen kann!

49 Wir sehen, dass der Markt die Bedürfnisse der Menschen nach ausreichend
50 Wohnraum, Bewegungsfreiheit oder bedingungsloser Gesundheitsversorgung nicht
51 befriedigen kann, weil diese Bedürfnisse eben keine zahlungskräftige Nachfrage
52 sind. Wir sehen auch, dass die ständige konkrete Bedrohung, in Armut
53 abzurutschen, die Gesellschaft spaltet und in letzter Konsequenz immer denen
54 nützt, die eh schon viel haben.

55 Soziale Grundrechte sind wesentlich, um aktiv an der Gesellschaft teilhaben zu
56 können und auch die anderen "klassischen" Grundrechte ausüben zu können. Ohne
57 das Recht auf Bildung ist demokratische Mitbestimmung nicht vollumfänglich
58 möglich. Ohne einen festen Wohnsitz und ohne ausreichende Mobilität sind die
59 Freiheitsversprechen der liberalen Gesellschaft nicht einzulösen. Ohne soziale
60 Grundrechte verpuffen andere Grundrechte als abstraktes Versprechen. Deshalb
61 müssen wir grundlegende Bereiche des gesellschaftlichen Lebens dem Markt
62 entziehen, Privatisierungen stoppen und in die Gemeinschaft zurückführen.

63 Dafür braucht es:

- 64 • Echte Teilhabe für alle: Soziale Grundrechte ins Grundgesetz!

- 65 • Wohnraum dem Markt entziehen: Ausbau des kommunalen Wohnungsbaus,
66 Mietendeckel und Förderung des genossenschaftlichen Bauens. Keine Gewinne
67 mit unseren Grundrechten!

- 68
- 69
- 70
- 71
- Mobilität für alle: ÖPNV massiv ausbauen und für alle zur Verfügung stellen, Radschnellwege, autofreie Innenstädte und ein attraktives Fernzugnetz machen Schluss mit dem Autowahnsinn. Her mit der Verkehrswende!
- 72
- 73
- 74
- Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern gestalten: Dazu muss endlich in Schule und Fördermaßnahmen für alle Schüler*innen und Lehrenden investiert werden.
- 75
- 76
- 77
- 78
- Gesundheitsversorgung raus aus dem Profitzwang! Unsere Gesundheit ist keine Ware. Die beste Versorgung muss für jede Person, unabhängig von Alter, finanzieller Lage oder körperlicher Verfassung kostenlos gewährleistet sein und solidarisch finanziert werden.
- 79
- 80
- 81
- 82
- Solidarische Finanzierung dieser Maßnahmen durch die, die ohnehin mehr als genug haben. In einem Land mit knapp 1,5 Millionen Millionär*innen sollte niemand auf der Straße leben müssen: Radikale Umverteilung des Vermögens durch angemessene Besteuerung von Reichen.

83 Wir streiten dafür, dass soziale Grundrechte konkret einlösbare Ansprüche
84 werden. Drehen wir den Spieß um und fordern ein, was uns viel zu lange verwehrt
85 wurde: Her mit sozialen Grundrechten für alle!

A-5-B Freiheit sichern: Gegen den autoritären Umbau!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 31.10.2020
Tagesordnungspunkt: A Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen

Antragstext

1 Mit diesem Beschluss bekräftigen wir unsere beschlossenen Forderungen vom 52.
2 Bundeskongress im Antrag „Das muss eine Demokratie aushalten können“ und machen
3 diese zur Grundlage unserer Forderungen für das grüne Bundestagswahlprogramm.

4 Deutschland hat ein kontinuierliches Naziproblem, das gerade in den
5 Sicherheitsbehörden unübersehbar zutage tritt, sich dabei über die Jahrzehnte
6 aber nur in immer neuen Facetten zeigt. Ob Angriffe auf Geflüchtete, Anschläge
7 auf linke Politiker*innen und Aktivist*innen oder Hetzkampagnen gegen Frauen im
8 Internet: Rechte versuchen seit Jahrzehnten, durch Angst, Terror und gezielte
9 Diskursverschiebung ihre Vorstellungen einer homogenen Gesellschaft in die Tat
10 umzusetzen. Seit der AfD gelingt es ihnen, das lauter und auf größeren Bühnen zu
11 sagen, als viele aus der vermeintlichen „Mitte der Gesellschaft“ in einem
12 Deutschland nach 1945 noch für denkbar gehalten haben. Während People of Color
13 und – besonders ostdeutsche – Antifaschist*innen seit Jahren davor warnen,
14 während Recherchenetzwerke immer wieder Waffenlager und geheime
15 Kampfsporttrainings für den „Tag X“ aufdecken, schauen die, die uns Sicherheit
16 versprochen haben, systematisch weg. Polizei, Verfassungsschutz,
17 Innenministerien: Es scheint, als wüssten sie von diesem Problem nichts. Dass
18 sie das sehr wohl tun, ist uns nicht erst seit der Selbstenttarnung des NSU und
19 den begleitenden Untersuchungsausschüssen schmerzlich bewusst. Doch die Behörden
20 zeigen wenig Interesse daran, rechte Netzwerke oder rassistische Strukturen
21 aufzudecken, geschweige denn dagegen vorzugehen.

22 Die Gründe dahinter sind vielfältig: Eine der, dabei viel zu oft außer Acht
23 gelassenen, Ursachen liegt im Zusammenhang von Kapitalismus und Rassismus. Der
24 neoliberale Leistungs- und Konkurrenzgedanke ist eng verbunden mit offen rechter
25 Ideologie. Extreme ökonomische Ungleichheit wird im Neoliberalismus als normal
26 oder sogar als gerecht dargestellt. Der Schritt zu einer Befürwortung von
27 Ungleichheit zwischen Menschen ist dann nicht mehr weit: Rassismus und Sexismus
28 sind Ideologien, die bestehende Ungleichheiten rechtfertigen und als natürlich
29 darstellen wollen.

30 Die antifaschistische Gegenposition der Forderung nach Gleichheit, Gerechtigkeit
31 und ein Leben in Würde widerspricht sowohl der neoliberalen Normalisierung, wie
32 auch der offenen rechten Propagierung von Ungleichheit. Ein weiteres prägnantes
33 Beispiel für die ideologische Nähe ist die Konkurrenz, die der Neoliberalismus
34 zu einem sinnvollen Prinzip gesellschaftlichen Zusammenlebens erklärt. Es führt
35 zu der Behauptung, dass man sich gegen andere durchsetzen müsse, um das eigene
36 Glück zu mehren. Angewandt auf scheinbar homogene Gruppen wie Nationen oder
37 Ethnien, bedeutet dieses Prinzip den Kampf gegeneinander – was an sich schon
38 rechts ist; noch konsequenter angewandt bedeutet das den puren, rechtsextremen
39 Sozialdarwinismus. Dieser Zusammenhang ist einer der Gründe, die in den letzten
40 Jahren zu einer Politik der „Versicherheitlichung“ geführt haben: Immer öfter
41 ist die Antwort auf gesellschaftliche Probleme eine autoritäre, die von
42 Repression und Gewalt geprägt ist. Dabei wird dem Streben nach vermeintlicher
43 Sicherheit mehr und mehr untergeordnet. Sich gegen den autoritären Umbau der
44 Gesellschaft zu stellen, heißt daher auch, zu hinterfragen, was eigentlich
45 Sicherheit ist und was als Sicherheitsproblem wahrgenommen wird.

46 Neben dem neoliberalen Leistungs- und Konkurrenzdenken und der tief verwurzelten
47 rassistischen Abgrenzung von anderen, sind es im besonderen auch rechte
48 Kontinuitäten in deutschen Sicherheitsapparaten, die das Problem befeuern, statt
49 es zu bekämpfen. Dass Rechte sich besonders bei der Polizei oder dem
50 Verfassungsschutz wohlfühlen, ist dabei kein Zufall. Schon an der Gründung der
51 heute bestehenden Sicherheitsbehörden nach 1945 waren diverse Nazigrößen und SS-
52 Kader fest eingebunden und beteiligt. Es war der Normalfall, dass Nazis auch
53 nach den NS-Verbrechen munter weiter Karriere machen konnten - insbesondere in
54 Behörden.

55 **Rassistische Kontinuitäten in der Polizei**

56 Mit diesem Hintergrund verwundern die zahllosen Fälle von Polizeigewalt gegen
57 People of Color und Linke ebenso wenig, wie die schwer zu überblickende Zahl an
58 rechten Chatgruppen, die gerade bundesweit auffliegen. Es geht dabei keineswegs
59 um Einzelfälle und das Fehlverhalten einzelner Polizist*innen: Die Strukturen
60 der Polizei begünstigen rassistisches und autoritäres Verhalten. Das muss sich
61 ändern, und zwar grundlegend: Der Einsatz staatlicher Gewalt muss eng
62 kontrolliert werden, Fehlverhalten muss zu spürbaren Konsequenzen führen und
63 Racial Profiling und anderen Diskriminierungen die Grundlage entzogen werden.
64 Dafür braucht es unabhängige Ermittlungsstellen mit umfassenden
65 Ermittlungskompetenzen, Polizeibeauftragte bei den Parlamenten und eine
66 anonymisierte Kennzeichnungspflicht für alle Einheiten. Ebenfalls muss die immer
67 weiter fortschreitende materielle Aufrüstung der Polizei enden. Wir brauchen
68 keine weitere Militarisierung der Polizei! Betroffene von Racial Profiling
69 sollen übermäßige Kontrollen durch Einführung eines verpflichtenden Ticket-
70 Systems nachweisen können. Außerdem braucht es eine völlig neue Aus- und
71 Weiterbildung, die sich an diskriminierungsfreiem Handeln, Kommunikation,
72

73 Deeskalation und Konfliktprävention orientiert und regelmäßige verpflichtende
74 Schulungen im Bereich Antirassismus beinhaltet.

74 Doch so dringend eine Reform der Polizei auch geboten ist: Auch die beste
75 Polizei kann gesellschaftliche Probleme nicht lösen, sondern allenfalls deren
76 Symptome bekämpfen. Der beste Polizeieinsatz ist deshalb einer, der gar nicht
77 erst nötig wird. Wer genug zum Leben hat, fängt seltener an, Geldbeutel zu
78 stehlen; wer bei Bedarf psychologische Begleitung bekommt, wird selten zur
79 Gefahr und wer Asylstatus genießt, muss nicht brutal abgeschoben werden. Und
80 natürlich braucht es zum Schutz der Betroffenen eine verantwortungsvolle und
81 staatlich kontrollierte Abgabe von Drogen, statt den längst verlorenen Kampf
82 dagegen mit immer absurderen Repressionen verzweifelt weiterzukämpfen.

83 **Verfassungsschutz: Teil des Problems**

84 Nur zu deutlich sieht man die beschriebenen Probleme am Verfassungsschutz. Die
85 zahlreichen Skandale, die rechten Netzwerke, in die der Verfassungsschutz selbst
86 eingebunden war oder diese mindestens gedeckt hat, sind dabei Kontinuitäten, die
87 nicht nur in der Vergangenheit liegen. Der Verfassungsschutz versagt damit nicht
88 nur, er stellt eine aktive Gefahr da, wie beispielsweise am NSU-Komplex
89 besonders deutlich wurde: Wenn der Verfassungsschutz nichts vom NSU wusste, dann
90 ist er unnütz. Aber wenn er davon wusste, dann ist er gefährlich. Doch selbst
91 die wenigen Reförmchen, die als Konsequenz aus dem NSU-Komplex gezogen wurden,
92 werden in vielen Bundesländern wieder Stück für Stück zurück gedreht.

93 Die Untauglichkeit des Verfassungsschutzes zeigt sich nicht zuletzt an der
94 vielfach widerlegten Hufeisentheorie, die weiterhin eisern die Grundlage
95 geheimdienstlichen Handelns darstellt: Statt Rassismus und menschenfeindliche
96 Ideologien entschlossen zu bekämpfen, wird linker Aktivismus mit diesen
97 gleichgesetzt und damit kriminalisiert. Eine solche ideologisch geprägte
98 Arbeitsweise entbehrt jeglicher wissenschaftlicher Grundlage und verharmlost die
99 Gefahr durch rechte Gewalt massiv. Zudem scheitert das Prinzip der
100 Gewaltenteilung strukturell an dem Versuch, die Aktivitäten des
101 Verfassungsschutzes angemessen parlamentarisch zu kontrollieren.

102 Eine unkontrollierbare Behörde, die ihren erklärten Zielen entgegen arbeitet,
103 verliert ihre Daseinsberechtigung. Alle Versuche, den Verfassungsschutz zu
104 reformieren, sind gescheitert. An einer Auflösung der Verfassungsschutzämter
105 führt daher kein Weg vorbei. Anstelle dessen braucht es eine transparent und
106 wissenschaftlich arbeitende Dokumentationsstelle und eine massiv gestärkte
107 Zivilgesellschaft, die selbst dazu in der Lage ist, sich gegen
108 menschenfeindliche Ideologien zu stellen. Vieles von dem, was wir heute über
109 rechte Strukturen wissen, wissen wir nicht vom Geheimdienst, sondern von
110 antifaschistischen Recherchegruppen – allen Widerständen zum Trotz. Statt
111 Antifaschismus zu kriminalisieren, muss zivilgesellschaftliches Engagement gegen

112 Nazis unterstützt und gefördert werden.

113 **Autoritarismus und Asylpolitik**

114 Die autoritäre Bekämpfung von Symptomen gesellschaftlicher Missstände zeigt sich
115 auch in der zunehmend menschenfeindlichen Asylpolitik Deutschlands und der
116 europäischen Union. Europas Regierungen schotten sich zunehmend ab und verfolgen
117 die, die sich für die Rettung der Menschenrechte engagieren:
118 Seenotrettungsschiffe werden festgesetzt, NGOs, die illegale Pushbacks an den
119 Außengrenzen dokumentieren, werden verfolgt und der Zugang zu den
120 menschenunwürdigen Massenlagern wird mehr und mehr eingeschränkt. Die Schande
121 von Moria ist dabei nur der vorläufige Höhepunkt einer menschenverachtenden
122 Entwicklung, an der sich auch die Bundesregierung eifrig beteiligt: Statt
123 geltendes Recht anzuwenden und denen, die nicht zuletzt unter unserer
124 Wirtschaftsweise und den Folgen von Umweltzerstörung fliehen müssen, ein
125 menschenwürdige Unterkunft zu ermöglichen, werden immer neue Vorwände gefunden,
126 um Geflüchtete abzuwerten, sie in Elendslagern an den Außengrenzen wegzusperren
127 oder sie im Mittelmeer ertrinken zu lassen. Die unaufhörlich steigende Zahl an
128 Menschen auf der Flucht ist das vielleicht sichtbarste Symptom der globalen
129 Ungleichheit. Wenn wir unsere Menschenrechte aufgeben, um diesen Menschen nicht
130 helfen zu müssen, dann verlieren wir alles.

131 Stattdessen braucht es eine sofortige Evakuierung und Schließung aller Lager und
132 eine solidarische Geflüchtetenpolitik, die Fliehenden neue Perspektiven schafft.
133 Es braucht ein neues und klimagerechtes Wirtschaftssystem, das die Krisen
134 unserer Zeit löst, statt sie weiter zu verschärfen und die Leidtragenden dieser
135 Krisen zu bekämpfen. Der herrschenden Politik der Angst, Überwachung,
136 Abschottung und Härte stellen wir eine radikal emanzipatorische Gesellschaft
137 entgegen, die die menschliche Würde und Freiheit in den Mittelpunkt stellt.

B-1-B Wir brechen auf – Bundestagswahl 2021

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 31.10.2020
Tagesordnungspunkt: B Wir brechen auf – Bundestagswahl 2021

Antragstext

1 Zur Bundestagswahl 2021 stehen wir an einem Scheideweg. Der Konflikt darüber,
2 welcher Weg uns aus den Krisen leitet, ist so präsent wie nie. Wirtschaftliche
3 Einbußen, die Angst vor dem sozialen Abstieg, stetige Unsicherheiten: Die Folgen
4 der Pandemie haben materielle Konsequenzen für uns alle. Die Pandemie hat uns
5 als Gesellschaft vor zusätzliche Herausforderungen gestellt: das Arbeiten von zu
6 Hause, das rein private Kümern um Kinder, der eingeschränkte Kontakt zu
7 Freund*innen und Familie. Die Bedrohungen, die die Corona-Pandemie und die
8 Klimakrise mit sich bringen, ruft in vielen Menschen ein Bedürfnis nach
9 Sicherheit hervor. Wir stehen vor der Gefahr der Entsolidarisierung. Es wird
10 sich nach einem „Vor der Krise“ gesehnt, das angeblich besser war und
11 vermeintliche Sicherheit gegeben hat. Gleichzeitig zeigt sich in der Folge der
12 Krise immer deutlicher, wie tief antisemitisches Verschwörungsdenken in Teilen
13 der Gesellschaft verankert ist. Gemeinsam mit Impfgegner*innen und
14 Esoteriker*innen hat die extreme Rechte in den Anti-Corona-Maßnahmen einen neuen
15 Anlass für ihren permanenten Angriff auf die Demokratie gefunden, mit dem sie
16 neue Zielgruppen erreicht. Währenddessen versuchen Konservative und neoliberale
17 Kräfte, am Status Quo festzuhalten und schnellstmöglich dorthin zurückzukehren,
18 um Stabilität zu schaffen. Die Gesellschaft hatte schon vor der Corona-Krise
19 viele Risse: Die Leistungsgesellschaft hat Menschen in unterschiedliche
20 Wertschubladen gesteckt, abhängig davon, wie viel wir laut kapitalistischer
21 Wertlogik leisten. In dieser Welt bleiben viele Menschen zurück, sie werden auf
22 dem ungerechten Arbeitsmarkt ausgebeutet und trotzdem bleibt nicht genug für ein
23 gutes und gesundes Leben. Viele Staaten, die vor ähnlichen Problemen stehen,
24 haben in den letzten Jahren Autokrat*innen und Nationalist*innen an die Spitze
25 gewählt. Das hat die Missstände jedoch nur verschärft.

26 Es gibt aber auch einen Weg aus all diesen Krisen: Wenn wir es schaffen, als
27 Gesellschaft gemeinsam und solidarisch dieses System voller Risse hinter uns zu
28 lassen, dann schaffen wir eine Gesellschaft der Veränderung. Wer Sicherheit
29 schaffen will, muss die soziale Spaltung der Gesellschaft bekämpfen und für eine
30 wirklich gerechte Gesellschaft streiten. Der Weg in eine bessere Zukunft ist nur
31 über radikale Veränderung möglich. Im nächsten Jahr wollen wir dafür ein
32 begeisterndes Narrativ schaffen und Menschen für diese radikale Veränderung

33 mobilisieren. Wir möchten gemeinsam mit vielen Menschen zeigen, dass eine
34 bessere Gesellschaft möglich ist und möglichst viele junge Menschen für unsere
35 Ziele und die GRÜNE JUGEND gewinnen. Deshalb werden wir die Bundestagswahl im
36 nächsten Jahr in den Fokus unserer politischen Arbeit stellen und ausgehend von
37 bestehenden politischen Kämpfen eine Vision für eine Gesellschaft entwickeln,
38 für die es sich zu streiten lohnt.

39 Wir gehen in diese Wahl mit einer veränderten Rolle. Wir sind in den letzten
40 Jahren nicht nur rasant gewachsen, sondern haben uns auch als Verband
41 weiterentwickelt und sind so schlagkräftig wie noch nie! Aus der veränderten
42 Ausgangslage ergeben sich viele Potenziale. Deswegen haben wir einen klaren
43 Anspruch an die Wahl: Es braucht progressive Mehrheiten im Parlament und für
44 einen Regierungswechsel. Dazu wollen wir unseren Teil beitragen. Wir wollen den
45 nächsten Wahlkampf nutzen, um uns dem Zurückfallen in den Status Quo
46 entgegenzustellen. Das sich öffnende Debattenfenster ist eine Chance, um den
47 Diskurs für konkrete Antworten auf systemische Krisen zu öffnen und Menschen für
48 die Vision einer gerechten Gesellschaft zu begeistern.

49 **Kämpfen für das bessere Morgen**

50 Eine Regierung, die Antworten auf die drängenden Fragen dieser Zeit gibt und den
51 Status Quo überwindet, ist mit CDU und CSU nicht möglich. Ganz im Gegenteil: Die
52 Union ist der Inbegriff des zerstörerischen und unsozialen „Weiter so“. Sie ist
53 mitverantwortlich für viele der aktuellen Probleme: Armut, soziale Ungleichheit,
54 der viel zu späte Kohleausstieg, Diskriminierung von Frauen und queeren
55 Menschen, Rassismus in staatlichen Strukturen und Abschottung gegen Migration.
56 Das Ziel ist deshalb klar: progressive Mehrheiten schaffen und die Union in die
57 Opposition schicken, um die Krisen unserer Zeit endlich anzugehen! Immer mehr
58 Menschen setzen ihre Hoffnungen in uns und unseren Veränderungswillen, und
59 dieses Vertrauen wollen wir nicht enttäuschen: Lasst uns im kommenden Jahr alles
60 tun, um die Dauerregierung der Konservativen nach 16 langen Jahren endlich zu
61 beenden: klare Kante gegen schwarz-grün.

62 Vor uns liegt eine große Aufgabe, denn die Chancen waren noch nie so groß,
63 Veränderung ins Parlament, aber auch darüber hinaus in die Gesellschaft zu
64 bringen. Ein starker inhaltlicher Fokus kann uns ermöglichen, unsere Visionen in
65 die breite Öffentlichkeit zu bringen und klar nach außen unsere Forderungen zu
66 kommunizieren.

67 Die großen Fragen unserer Zeit und des nächsten Jahres drehen sich rund um
68 Gerechtigkeit: Ist es gerecht, dass in so einem wohlhabenden Land so viele
69 Menschen arm sind? Ist es gerecht, dass RWE, VW und andere undemokratisch
70 unseren Planeten verheizen? Ist es gerecht, dass queere Menschen, People of
71 Colour und Menschen mit Behinderungen, psychischen Krankheiten oder chronischen
72 Krankheiten auf dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt und in der Gesellschaft

73 strukturell diskriminiert werden? Ist es gerecht, dass Hartz IV Kinder in Armut
74 aufwachsen lässt? Nein, und genau diese Problemfelder wollen wir mit unserer
75 Kampagne anpacken!

76 Wir wollen einen Weg aufzeigen, der nicht versucht, weiterhin verzweifelt diese
77 Risse irgendwie zu flicken und das Gestern zu reparieren, sondern ein besseres
78 Morgen entstehen lässt. Wir lassen uns nicht mehr gegeneinander ausspielen! Der
79 wirklich Widerspruch ist nicht Klima und Gerechtigkeit, es ist nicht jung und
80 alt, sondern oben und unten. Es ist der Widerspruch zwischen den Bedürfnissen
81 der Vielen und den Profiten der Wenigen. Wir wollen hier anknüpfen und mit
82 unserer Kampagne ein Gegennarrativ schaffen, was uns ermöglicht, Teil einer
83 starken Bewegung zu sein, die vereint für Gerechtigkeit kämpft. Mit unserer
84 Kampagne wollen wir anhand konkreter Politikfelder unsere Vision für eine
85 gerechte Gesellschaft auf die Straße tragen. Die Vision einer gerechten Welt in
86 den Mittelpunkt unserer Kampagne zu stellen, ermöglicht uns, die Zusammenhänge
87 zwischen unterschiedlichen Problemen zu adressieren. So sind wir anschlussfähig
88 für unterschiedlichste progressive Bewegungen und begeistern viele
89 unterschiedliche Menschen, gemeinsam mit uns zu kämpfen – im nächsten Jahr,
90 kommt es auf jede*n von uns an!

91 **Gerechtigkeit ist Arbeitskampf**

92 Immer mehr Menschen arbeiten unter prekären Bedingungen, knapp an der
93 Armutsgrenze oder darunter, was vor allem den Profit der Unternehmen dient. Das
94 wollen wir nicht länger hinnehmen! Deswegen wollen wir in unserer Kampagne über
95 Arbeitskämpfe sprechen. Wir sagen dem 12-Stunden-Tag, den untragbaren
96 Arbeitsbedingungen in der Pflege und den prekären Arbeitsbedingungen, unter
97 denen insbesondere migrantische Menschen arbeiten, den Kampf an! Wir wollen für
98 bessere Löhne und kürzere Arbeitstage streiten, um echte politische
99 Veränderungen zu erwirken!

100 **Gerechtigkeit ist Umverteilung**

101 Wenn wir über Armut reden, müssen wir auch über Reichtum sprechen. Wir lassen
102 nicht zu, dass die Krise auf dem Rücken der Ärmsten ausgetragen wird, während
103 Milliardär*innen als Gewinner*innen aus der Krise gehen. Wer etwas in unserer
104 Gesellschaft grundlegend verändern will, muss gesellschaftlichen Reichtum neu
105 verteilen und an die geben, die zu wenig haben. Deswegen kämpfen wir mit
106 unserer Kampagne für einen massiven Umbau des Steuersystems. Unser Augenmerk
107 muss auf der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums liegen.

108 **Bye neoliberales Deutschland, bye Hartz IV**

109 Wir kämpfen für eine staatliche Daseinsvorsorge für alle! Wir setzen uns mit
110

111 diesem Themenschwerpunkt dafür ein, dass die Bedürfnisbefriedigung vieler nicht
112 mehr davon abhängt, was und wie viel sie leisten und wie viel Profit andere aus
113 ihrer Arbeit herausholen können. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein in der
114 demokratisch darüber entschieden wird, wie wir miteinander leben wollen, in der
115 Freiräume für alle nicht mehr von dem abhängen, was sie dafür ausgeben können
116 und ein Dach über dem Kopf eine Selbstverständlichkeit ist. Für uns ist
117 Wohnraum, Gesundheit und Bildung keine Ware, sondern ein Grundrecht! Parallel
118 dazu positionieren wir uns mit der Forderung einer sanktionsfreien Grundsicherung
119 gegen Hartz IV und eine durch Jahrzehnte des Neoliberalismus geprägte Arbeits-
120 und Sozialpolitik. Hier können wir an bestehende Kritik anknüpfen und unsere
121 Vision einer echten sozialen Sicherung laut machen: Wir kämpfen für ein Leben in
Freiheit und Würde für Alle – bedingungslos.

122 **Mobilitätswende ist Klimagerechtigkeit**

123 Als Grüne Jugend wollen wir auch im Klimabereich weiter vorangehen und die 1,5-
124 Grad-Grenze zur Basis allen politischen Handelns machen. Über den Kampf um die
125 Energiewende hinaus setzen wir uns für ein konsequentes Umdenken im Bereich
126 Mobilität ein. Als Thema an dem soziale und ökologische Konfliktlinien
127 zusammenlaufen und in dem sich auch die aktuellen Debatten um Raumverteilung gut
128 abbilden lassen, ist die Verkehrswende aktueller denn je. Hier sind – im
129 Gegensatz zu anderen Sektoren – die Emissionen in den letzten Jahren kein
130 bisschen gesunken. Zugleich gewinnt das Thema auf allen Ebenen immer mehr an
131 Relevanz. Wir zeigen gemeinsam, wie Mobilität aussehen kann: flexibel,
132 zuverlässig, kostenlos und emissionsfrei. Niemand sollte an's Auto gebunden
133 sein, weil die Buslinie keine Profite erzeugt! Gemeinsam mit der
134 Klimagerechtigkeitsbewegung sagen wir der Autolobby den Kampf an! Wir sind da,
135 wenn es heißt: #DanniBleibt! Hier wird unsere antikapitalistische Haltung klar
136 kommuniziert: Mobilität ist ein Grundrecht und der Bereich sollte dem Markt
137 entzogen werden.

138 **Gerechtigkeit? Nur ohne das Patriarchat!**

139 Die Rechte von Frauen und LGBTIQ* sind unter Beschuss und das besonders in
140 Zeiten der Corona-Krise. Der Wunsch zurück in alte Zeiten geht immer einher mit
141 Angriffen auf die Rechte von Frauen und queeren Menschen – und das weltweit.
142 Unser Kampf für Gerechtigkeit ist feministisch! Wir kämpfen für gleiche Löhne
143 für Alle und Zeit für die gerechte Verteilung von Care-Arbeit durch radikale
144 Arbeitszeitverkürzungen. Wir stehen gemeinsam gegen die Diskriminierung von
145 Frauen und queeren Menschen – ob am Arbeitsplatz oder im Gesundheitssystem. Eine
146 starke öffentliche Daseinsfürsorge schafft neue Perspektiven: einen sicheren
147 Zugang zu reproduktiven Rechten, Beratungsangebote oder eine flächendeckende
148 Kinderbetreuung. Statt durch die Corona-Krise auf hart Erträgliches zu verzichten
149 stellen wir die Perspektiven von jungen Frauen und queeren Menschen in den
150 Mittelpunkt.

151 **Gerechtigkeit für alle - Wir lassen uns nicht spalten!**

152 Während Rechte und Konservative mit Hass und Hetze die Gesellschaft weiter
153 spalten, kämpfen wir für solidarische Lösungen. Aus dieser Krise kommen wir nur
154 gemeinsam! Gegen die Angst vor dem was kommen kann und die Ohnmacht setzen wir
155 ein klares Zeichen. Wir grenzen uns nicht untereinander ab, handeln
156 verantwortungsbewusst und kämpfen für eine bessere Zukunft – weltweit!

157 **Demokratie stärken, Freiheit verteidigen!**

158 Unsere Grundrechte und unsere Demokratie befinden sich unter Dauerbeschuss und
159 die Innenpolitik in Deutschland ist von Freiheitseinschränkungen geprägt.
160 Gleichzeitig wird in immer schnellerer Taktfolge das Ausmaß extrem rechter
161 Netzwerke innerhalb und außerhalb der Sicherheitsbehörden bekannt und im
162 Parlament sitzt eine rechtsextreme Partei. Wir werden dagegenhalten und
163 staatlichem Handeln klare Grenzen setzen – rassistische und neonazistische
164 Strukturen und Taten müssen wirksam verfolgt, nicht reformierbare Behörden
165 aufgelöst und, wo nötig, durch neue Institutionen ersetzt werden. Dazu braucht
166 es auch ein breit angelegtes Demokratiefördergesetz. Nur mit einem Kampf gegen
167 den Rassismus der sogenannten Mitte lässt sich rechter Terror langfristig
168 stoppen. Damit stärken wir unsere Demokratie und schaffen echte Sicherheit für
169 alle Menschen in Deutschland. Wir machen uns weiter stark für die seit
170 Jahrzehnten überfällige Cannabislegalisierung. Unsere Freiheit lassen wir uns
171 nicht nehmen! Weder von rechten Sicherheitsbehörden, die gezielt linke Politik
172 kriminalisieren, noch von repressiven Gesetzen, die längst der Vergangenheit
173 angehören sollten.

174 **Bündnisarbeit für Gerechtigkeit**

175 Die starken Bewegungen wie Fridays for Future, Black Lives Matter, das
176 Feministische Streik Bündnis, Gewerkschaften und dessen Streiks, die Seebrücke
177 und #Unteilbar haben in der Vergangenheit gezeigt, dass wir die Bewegung und
178 Großdemonstrationen brauchen, um Veränderung auf der Straße aufzubauen und ins
179 Parlament zu tragen. Die GRÜNE JUGEND spielt eine Schlüsselrolle in der
180 Verbindung von Bewegungen und Partei. Wir kämpfen auf der Straße und in
181 Parlamenten für echte Veränderung und eine gerechte Gesellschaft. Für diese
182 Demonstrationen und Aktionen werden wir uns mit großen Mobilisierungsaktionen
183 und Paketen vorbereiten, um so bei den vielfältigen Protesten sichtbar als
184 Verband auftreten zu können. Und auch nach den Demos setzen wir uns mit
185 verschiedenen Formaten für antifaschistische Freiräume in der Stadt und soziale
186 Teilhabe ein. Denn der Konsum von Drogen, Orte für Subkultur und eine
187 antirassistische Politik im öffentlichen Raum braucht es auch, wenn die
188 Großdemos vorbei sind.

189

Und so packen wir es an

190 Mit unserer #JUGENDÄNDERTEUROPA-Kampagne zur Europawahl 2019 haben wir gezeigt,
191 was wir als GRÜNE JUGEND erreichen können, wenn wir gemeinsam alles geben.
192 Tausend Aktivist*innen waren für unsere Inhalte auf der Straße, viele Menschen
193 kamen neu dazu und in der Öffentlichkeit waren wir als ein Verband mit klaren
194 Forderungen sichtbar. An diese Erfolge wollen wir anknüpfen und gleichzeitig
195 vorhandene Potentiale weiter ausbauen. Unser nie dagewesener Mitgliederzuwachs
196 bietet uns hierfür umfassende Möglichkeiten, insbesondere auch neue
197 Aktivist*innen einzubinden. Mit dem Feminist Fight Club haben wir in vergangenen
198 Kampagnen bewiesen, dass Veranstaltungsformate Schwerpunkte gut in die Städte
199 und an die Menschen bringen können und wir dadurch auch neue Menschen für
200 unseren Kampf gewinnen. Auch zur Bundestagswahl machen wir eigene
201 Veranstaltungsformate niedrigschwellig und attraktiv für junge Menschen und
202 Interessierte.

203 Deshalb setzen wir wieder auf eine eigenständige und dezentrale Kampagne mit
204 gemeinsamen und fokussierten Forderungen und Inhalten. Wir wollen den Menschen,
205 die in den letzten Monaten zu uns gestoßen sind, die Möglichkeit geben, sich
206 einzubringen und politische Praxis zu erfahren, und gleichzeitig noch mehr
207 Menschen politisieren. Wer zur GRÜNEN JUGEND dazu kommt ist ab dem ersten Moment
208 ein aktiver Teil des Verbands: Bei uns wird Politik selbst gemacht!

209 Dabei kommt den Ortsgruppen eine zentrale Rolle zu, denn sie sind die erste
210 politische Anlaufstelle und der Ort, an dem sich der größte Teil des Verbandes
211 organisiert. Gleichzeitig wollen wir einen Fokus auf die stärkere Zusammenarbeit
212 der Ebenen legen. Unsere bundesweite Kampagne bildet eine Grundlage, die wir
213 gemeinsam mit den Landesvorständen und Ortsgruppen auf lokale und
214 landesverbandsspezifische Bedürfnisse anpassen und auf drängende Fragen vor Ort
215 herunterbrechen werden. Wir sind dann am stärksten, wenn wir auf allen Ebenen
216 schlagkräftig aufgestellt sind – und mit einer Stimme sprechen!

217 Von großer Bedeutung ist dabei auch die Verknüpfung mit den vielen Landtags- und
218 Kommunalwahlen, die im nächsten Jahr stattfinden. Jede dieser Wahlen hat ihre
219 eigene Bedeutung, die wir ernst nehmen wollen. Unser Ziel ist es dabei, dass wir
220 uns als Aktivist*innen gegenseitig unterstützen. Der fantastische Wahlkampf der
221 Grünen Jugend Hamburg hat gezeigt, was wir bewegen können, wenn wir auch aus
222 anderen Ortsgruppen und Bundesländern beim Wahlkampf vor Ort aktiv sind.
223 Außerdem können wir so auf die Bundestagswahl vorbereiten. Gemeinsam sind wir
224 stärker! Dies gilt besonders für die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt,
225 Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie die Neuwahl
226 in Thüringen und der Kommunalwahl in Hessen. Wir wollen zudem dazu beitragen,
227 dass die Grünen bei all diesen Wahlen als progressive und linke Kraft, mit dem
228 klaren Ziel der politischen Veränderung, auftreten. Besonders wichtig ist für
229 uns zudem die Verknüpfung mit den (fast) zeitgleich zur Bundestagswahl

230 stattfindenden Kommunalwahl in Niedersachsen und Berlin, wo zudem parallel das
231 Abgeordnetenhaus gewählt wird. Wie bei allen Wahlen im nächsten Jahr gilt es
232 hier besonders die Wahlkampfthemen der Bundestagswahl auch auf Landes- und
233 Kommunalthemen runterzubringen. Denn beispielsweise die Verkehrswende lässt sich
234 nur gestalten, wenn auch die Kommunen Rad, Bus und Bahn fördern, statt weiter
235 neue Straßen zu bauen und das Land bei Nahverkehrsplänen mitzieht.

236 Doch unser Anspruch geht darüber hinaus progressive Mehrheiten jenseits der
237 Union bei Wahlen zu erringen. Für den notwendigen tiefgreifenden Wandel,
238 müssen wir gesellschaftliche Mehrheiten schaffen. Das kriegen wir nicht alleine
239 hin. Deshalb suchen wir im Rahmen unserer Kampagne den Schulterschluss mit
240 Bewegungen und Partnern wie Fridays for Future, den Gewerkschaften, Seebrücke,
241 #unteilbar oder Ende Gelände. Unsere Bündnisarbeit, wie unsere ganze Kampagne,
242 wird im nächsten Jahr von der Corona-Krise geprägt sein. Zum aktuellen
243 Zeitpunkt kann niemand abschätzen, wie sich das Infektionsgeschehen im
244 nächsten Jahr entwickeln wird und was das für unsere Planung bedeutet. Klar
245 ist für uns aber, dass wir jederzeit verantwortungsvoll den Gesundheitsschutz
246 gewährleisten werden. Insgesamt werden wir flexibel und unterschiedlich, je
247 nach lokalem Infektionsgeschehen, auf die Lage reagieren müssen. Ansprechende
248 und gut organisierte Online-Events werden daher im anstehenden
249 Bundestagswahlkampf einen bisher nicht dagewesenen Stellenwert einnehmen. Durch
250 die gute digitale Arbeit der Ortsgruppen und diversen Online-Kongresse in diesem
251 Jahr konnten wir aber schon zeigen, was hier alles möglich ist!

252 **Los geht's**

253 Der Bundesvorstand wird beauftragt ein Wahlkampfteam für die Bundestagswahl 2021
254 einzurichten. Es erarbeitet auf Grundlage dieses Antrags eine bundesweite
255 Kampagne. 6 Plätze im Wahlkampfteam werden – analog zum Verfahren des
256 Einrichtens von Arbeitsbereichen – mitgliederöffentlich ausgeschrieben. Der
257 Bundesvorstand entsendet fünf Mitglieder, darunter die beiden Sprecher*innen und
258 die politische Geschäftsführerin, in das Wahlkampfteam. In Absprache mit den
259 Landesvorständen koordiniert das Wahlkampfteam die Durchführung der Kampagne. Im
260 Rahmen der weiteren Ausgestaltung beschäftigt sich das Wahlkampfteam darüber
261 hinaus mit der Personalisierung einzelner Themenschwerpunkte oder Geschichten.
262 Dazu wird eine enge Zusammenarbeit mit den Votenträger*innen der Länder
263 aufgebaut.

264 Bei der Kampagne zur Bundestagswahl kommt es auf uns alle an! Lasst uns im
265 nächsten Jahr zeigen, dass wir mit mutigen Lösungen gemeinsam aufbrechen wollen
266 – der Kampf für eine gerechte Zukunft hat grade erst begonnen!

F-1-B Haushalt 2021 Variante A

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.11.2020
Tagesordnungspunkt: F Finanzen

Antragstext

- 1 Eine neue Version des Haushalts liegt in der Wolke bereit unter dem Titel "2021
- 2 Haushalt mit Änderungen".
- 3 https://wolke.netzbegruenung.de/apps/files/?dir=/2_GRÜNE%20JUGEND/54.%20Bundesko-
- 4 [ngress/Haushalt&fileid=29023546#pdfviewer](https://wolke.netzbegruenung.de/apps/files/?dir=/2_GRÜNE%20JUGEND/54.%20Bundesko-)

P-1-B Aus der Krise zu neuen Ufern!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.11.2020
Tagesordnungspunkt: P Arbeitsprogramm

Antragstext

1 Wir sehen wie unter einer Lupe die Krisenhaftigkeit des Systems. Die
2 Gesundheitssysteme vieler Länder versagten angesichts der Krise und des
3 Spardiktats der letzten Jahre. Wir erlebten den Widerspruch zwischen Applaus auf
4 dem Balkon und den fortwährend niedrigen Löhnen und erbarmungslosen
5 Arbeitsbedingungen in Gesundheitsberufen. An den europäischen Außengrenzen
6 leiden Menschen unter den schlimmsten Lebensbedingungen, während die EU
7 tatenlos zuschaut. Millionen Familien wussten nicht, wie sie die Zeit der
8 Pandemie auf viel zu engem Raum überstehen sollten. All diese Probleme sind
9 nicht neu, wir sehen sie nur deutlicher. Zu oft wurde bei vergangenen Krisen
10 versucht, schnell die Risse in diesem System zu kitten, anstatt die Ursachen
11 anzugehen, die sie hervorbringen. Sie liegen in der kapitalistischen Logik, dem
12 Patriarchat und einer Leistungsgesellschaft, die immer weitere Bereiche umfasst.
13 Wir müssen als Verband, aber auch als gesellschaftliche Linke an einem Strang
14 ziehen. Wir dürfen uns nicht durch neoliberale Ideologie vereinzeln lassen,
15 sondern sagen ihr den Kampf an! Die Hoffnungen auf ein großartiges Ergebnis bei
16 der Bundestagswahl sind groß. Doch für uns als Grüne Jugend ist klar: Sie
17 kann nur ein Schritt hin zu einer gerechteren und freieren Gesellschaft sein,
18 aber wir können sie nutzen, um unseren Anspruch an eine neue
19 Gesellschaftsordnung aufzuzeigen. Wir sehen, dass wir aufbrechen müssen in ein
20 neues Morgen.

Bildungsarbeit

21
22 Nur wenn wir verstehen, auf welchen Grundlagen unser Zusammenleben fußt, nur
23 wenn wir begreifen, was hinter der Klimakrise, der gesellschaftlichen
24 Ungleichheit und der Ausbeutung steht, nur dann können wir wirksame
25 Gegenstrategien ergreifen. Gerade im Jahr der Bundestagswahl ist es deshalb
26 wichtig, im Rahmen der Bildungsarbeit unser Verständnis der Verhältnisse zu
27 vertiefen und aus diesem Verständnis heraus eine wirklich solidarische Gegenwart
28 zu erschaffen. Wie das Infektionsgeschehen nächstes Jahr aussehen wird, wissen
29 wir nicht. Deswegen planen wir alle Veranstaltungen sowohl online, als auch als
30 dezentrale Veranstaltung mit der Möglichkeit, zumindest auf Ortsgruppenebene

31 zusammen zu kommen und Debattenräume sowohl mit vielen anderen bundesweit
32 digital, als auch mit anderen Aktivist*innen vor Ort zu führen. Sofern es in
33 einem verantwortbaren Rahmen möglich ist, wollen wir uns natürlich bei
34 Präsenzveranstaltungen begegnen.

35 **Frühjahrskongress**

36 Wenige Monate vor der Bundestagswahl wollen wir uns beim Frühjahrskongress
37 inhaltlich auf die Schwerpunkte der Kampagne zur Bundestagswahl vorbereiten und
38 darüber diskutieren, welche Bedeutung Konzepte der Gerechtigkeit für unsere
39 Vision einer besseren Welt haben. Welche Probleme stehen einer gerechten Welt im
40 Weg? Wie entstehen soziale Ungerechtigkeiten? Wie verankern wir das Konzept der
41 Gerechtigkeit in allen Politikfeldern? Welche Rolle spielt Gerechtigkeit im
42 globalen Kontext? Welche Bedeutung hat die gerechte Verteilung von Wohlstand für
43 uns? Damit untrennbar verbunden sind für uns Fragen der Daseinsvorsorge. Ob
44 Gesundheit, Wohnen oder Bildung, existenzielle Bestandteile des Lebens hängen
45 gerade vom Geldbeutel des*der Einzelnen ab. Wie wir davon wegkommen und welche
46 Beispiele uns die Geschichte linker Kämpfe und Erfolge aus anderen Ländern geben
47 können, das betrachten wir beim Frühjahrskongress! Dabei werden wir uns auch der
48 Frage widmen, wie Daseinsfürsorge und Klimaschutz Hand in Hand gehen können,
49 beispielsweise bei der Frage von Mobilität für alle.! Dezentrale Angebote und
50 flexible Teilnahmemöglichkeiten sollen dabei helfen möglichst viele Menschen im
51 Verband zu erreichen und die Teilnahme möglichst niedrigschwellig zu gestalten.

52 **Sommerakademie**

53 In der Krise zeigt sich deutlich die immer größer werdenden Schere zwischen arm
54 und reich und mit ihr die Klassenfrage. Doch welche Bedeutung haben diese
55 Unterschiede, wenn wir für einen Politikwechsel kämpfen? Welche Konsequenzen
56 bringen sie für die Veränderung in verschiedenen Politikfeldern mit sich? Wie
57 können wir ihre Aufhebung zum Leitbild unseres politischen Handelns für den
58 Kampf um progressive Mehrheiten machen? Im Vorfeld der Bundestagswahl wollen wir
59 uns bei der Sommerakademie auch die Zeit nehmen, Fragen der gesellschaftlichen
60 Organisierung zu stellen. Linke Bewegungen wie die um linke Demokrat*innen in
61 den USA sind moderne Vorbilder dafür, dass auch heute das Berufen auf eine
62 gemeinsame gesellschaftliche Klasse für das Erringen politischer Erfolge eine
63 entscheidende Rolle einnehmen kann. Wie das gelingt, darüber lernen wir
64 gemeinsam bei der Sommerakademie!

65 **Weitere Bildungsformate**

66 2021 wird als Jahr stark geprägt sein von der Bundestagswahl. Nichtsdestotrotz
67 wollen wir uns auch im Rahmen von Seminaren wichtigen aktuellen Themen widmen
68 und weiterhin aktuelle politische Entwicklungen als Verband einordnen. Online-
69 Veranstaltungen ermöglichen uns, mit unseren Angeboten besonders flexibel auf

70 aktuelle Entwicklungen einzugehen. Wir wollen in einer Online-Reihe einen
71 kritischen und analytischen Blick auf die Auswirkungen der Krisen und das
72 politische Weltgeschehen werfen. Im nächsten Jahr wollen wir insbesondere
73 unsere Zielgruppenansprache verbessern und in diesem Rahmen Multiplikator*innen
74 besonders gut erreichen. Doch wir wollen nicht nur digitale Möglichkeiten
75 nutzen, um in der Bildungsarbeit zusammen zu kommen. Mit inhaltlichen
76 Wanderseminaren bringen wir die Schwerpunkte der Bildungsarbeit direkt zu dir in
77 die Ortsgruppe! Neben den inhaltlichen Fundamenten der Bundestagswahlkampagne
78 wollen wir über die Bildungsarbeit auch neue Anstöße in den Verband tragen.
79 Dazu soll im nächsten Jahr die tiefere Auseinandersetzung mit antirassistischer
80 Politik, sowie einer zukunftsfähigen Industriepolitik gehören.

81 **Methodische Ausbildung**

82 Gerade in einem wachsenden Verband machen uns gut geschulte Multiplikator*innen
83 und Trainer*innen stark. Sie können sowohl Verbandsstrategien als auch
84 inhaltliche Debatten weiter tragen und durch eigene Moderations- und
85 Schulungsangebote das nötige Handwerkzeug in die Breite des Verbands
86 vermitteln. Darauf soll im nächsten Jahr unser Fokus in der methodischen Aus-
87 und Weiterbildung liegen. Mit den im "Train the Trainers"-Programm
88 geschulten Trainer*innen haben wir dafür eine starke Grundlage. Diese wollen
89 wir weiter ausbauen und vergrößern. Insbesondere im Rahmen der
90 Bundestagswahlkampagne wollen wir auch die Ortsgruppen methodisch fit für die
91 kommenden Monate machen. Wie funktioniert gute Vorstandsarbeit? Wie stellen wir
92 uns in unserer wachsenden Ortsgruppe (neu) auf? Mit welchen Instrumenten
93 gestalten wir eine Verbandskultur, die uns nachhaltig stark macht? Mit passend
94 zugeschnittenen Moderationen und Trainings wollen wir dabei auf allen Ebenen
95 unterstützen.

96 **Mitgliedermagazin**

97 Das Mitgliedermagazin über:morgen ist letztes Jahr zum ersten Mal als
98 Printmagazin erschienen. Wir wollen an den Erfolg des ersten Magazins anknüpfen
99 und nächstes Jahr nach Möglichkeit zwei Magazine herausgeben. Inhaltlich soll
100 das Magazin an laufende Debatten im Verband anknüpfen, sie aber auch
101 weiterdenken und vertiefen und so noch stärker in der Bildungsarbeit der Grünen
102 Jugend eingebunden sein. Das erste Magazin 2020 soll sich mit diesen Fragen
103 beschäftigen: Wie schaffen wir es, Menschen für eine gerechte Gesellschaft zu
104 begeistern? Wie können wir den Begriff Gerechtigkeit mit Leben füllen und Kämpfe
105 um Gerechtigkeit miteinander verbinden? Was können wir diesbezüglich von anderen
106 linken Projekten lernen?

107 **Wissensmanagement und Digitalisierung**

108 Unser Wissensmanagement wurde durch die Wolke als eigene Plattform erheblich

109 erleichtert. Wir wollen diese digitale Möglichkeit noch besser nutzen und
110 Videos, aber auch andere Materialien mehr Menschen im Verband zur Verfügung
111 stellen, um das Wissensmanagement zu verbessern. Die beim Frühjahrskongress
112 erprobte Praxis, online Vorträge teilweise aufzuzeichnen und über die Wolke
113 vielen zur Verfügung zu stellen, soll fortgesetzt werden.

114 **Öffentlichkeitsarbeit**

115 Im nächsten Jahr werden wir in unserer Öffentlichkeitsarbeit insbesondere unsere
116 Themen für die Wahl bedienen und gemeinsam mit Kandidat*innen, die diese Themen
117 vertreten, Geschichten erzählen. Dabei ist unser Ziel, Menschen auch abseits
118 unserer üblichen Zielgruppen anzusprechen und dazu zu begeistern, mitzumachen.
119 Dafür wollen wir verstärkt neue Formate nutzen und insbesondere im Videobereich
120 noch besser werden und unsere Inhalte auf allen Kanälen interaktiver gestalten.
121 Plattformen wie Tik Tok bieten uns die Möglichkeit, unsere Inhalte auch an
122 Menschen zu bringen, die sie ansonsten nicht sehen würden. Dieses Potential
123 wollen wir nutzen! Die im letzten Jahr begonnene Teamstruktur wollen wir dafür
124 weiter ausbauen und professionalisieren.

125 **Verbandsarbeit**

126 **Länderrat**

127 Das Jahr 2020 war das erste, in dem der Länderrat als zweithöchstes
128 beschlussfassendes Gremium tagte. Wir wissen jetzt noch besser, wie wir ihn zur
129 strategischen Ausrichtung des Verbandes nutzen können. Im Jahr 2021 kann er uns
130 eine große Stütze sein, wenn es darum geht, im Jahr zusammenzukommen und
131 Entscheidungen zu treffen, beispielsweise wenn es um schnelle Strategiefindung
132 in Wahlkampfzeiten geht. Durch den Länderrat können wir auch MultiplikatorInnen
133 im Verband zusammenbringen und Inhalte debattieren, die uns dabei helfen,
134 schlagkräftig auf gesellschaftliche Veränderung zu reagieren.

135 **Austausch zwischen den Ebenen**

136 Landesvorstände nehmen im Bundestagswahljahr eine große Rolle für die
137 Weiterentwicklung der Grünen Jugend ein. Sie werden einerseits gemeinsam mit dem
138 Wahlkampfteam im Wahlkampf die gemeinsam beschlossenen Kampagneninhalte
139 weitertragen, Kandidat*innen und Aktive vor Ort koordinieren und andererseits
140 aber auch den Verband über die konkrete Wahlkampfphase hinaus stützen. Auf diese
141 Rolle werden wir uns im Rahmen der Treffen des Bundesvorstands mit den
142 Landesvorständen gemeinsam vorbereiten. Neben diesen Treffen wollen wir aber
143 noch stärker auf den aufgabenbezogenen Austausch setzen. So gab es letztes Jahr
144 verstärkt Vernetzung zwischen den Sprecher*innen, den Geschäftsführer*innen und
145 den Schatzmeister*innen. Wir haben gesehen, dass im Vorfeld schwieriger

146 politischer Auseinandersetzungen und wichtiger Projekte im Verband diese
147 Vernetzungs- und Austauschrunden für alle gewinnbringend waren. Diesen Weg
148 wollen wir deshalb weiter nutzen und vertiefen.

149 Um den Verband über den Wahlkampf heraus zu stärken, brauchen wir Menschen,
150 die bereit dafür sind, Verantwortung vor Ort zu übernehmen. Konkrete Aktionen
151 vor Ort können uns zusätzlichen Anschlag geben, der langfristig anhält und auf
152 niedrigschwellige Art und Weise Aktivist*innen vor Ort an Engagement in der
153 Grünen Jugend heranführt. So können wir auch im Wahlkampf neu dazugekommenen
154 eine Anlaufstelle bieten. Verantwortungsträger*innen vor Ort wollen wir
155 ausbilden und zusammenbringen. Die Ortsgruppen sind dabei der Dreh- und
156 Angelpunkt der Aktivitäten sowohl im Wahlkampf, als auch darüber hinaus. Im
157 nächsten Jahr wollen wir sie durch Trainings und im Rahmen der Kampagnenarbeit
158 gezielt dabei unterstützen, die Wahlkampfzeit zu ihren Vorteilen zu nutzen und
159 mit dem Schwung der Wahlkampfzeit ihre spezifischen Herausforderungen anzugehen.
160 Die Fachforen sind ein Debattenraum, an dem Menschen zusammenkommen, die sich
161 über ein bestimmtes Thema austauschen wollen. In ihnen steckt großes
162 inhaltliches Fachwissen, das im Austausch mit anderen Ebenen noch besser genutzt
163 werden kann.

164 **Strukturförderung**

165 2021 steht eine Neuordnung der Strukturförderung an, deren erste Schritte
166 bereits getan sind. Wir wollen neue Wege gehen, um effizienter dort zu
167 unterstützen, wo Hilfe benötigt wird. Ziel dabei ist es immer, nicht nur
168 einzelne Projekte zu finanzieren, sondern strategisch die Frage anzugehen, wo
169 Hilfe zur Selbstorganisation benötigt wird und diese dann auch zur Verfügung zu
170 stellen. Ein Schwerpunkt dabei soll sein, Verantwortliche auf Landes- und
171 Ortsgruppenebene stärker dabei zu unterstützen, eigenständig Projekte auf die
172 Beine zu stellen mit Hilfe von Handreichungen und methodischen Trainings. Durch
173 eine verbesserte Weitergabe von Wissen kann über eine Generation von Aktiven
174 hinaus kontinuierliche Arbeit auch in strukturschwächeren Gebieten vorbereitet
175 werden. Austausch zwischen Aktiven der verschiedenen Ebenen in der Kombination
176 mit best-practices und methodischer Unterstützung wird der Grünen Jugend dabei
177 helfen, dort starke Strukturen aufzubauen, wo sie bisher noch nicht so gut
178 aufgestellt sind. Das aktuelle Mitgliederwachstum wollen wir nutzen und die neu
179 dazugekommenen Mitglieder gleich mit dem nötigen Handwerkszeug ausstatten. So
180 schaffen wir auch in strukturschwachen Gebieten eine breite Basis, die
181 Verantwortung für die Weiterentwicklung des Verbands übernehmen kann. Dafür ist
182 inhaltliche Weiterbildung ein wichtiger Teil. Sinnvolle politische Aktionen, die
183 direkt dort ansetzen, wo es Ungerechtigkeit und Probleme im System gibt,
184 Missstände aufzeigen und trotzdem zu neuen Lösungen einladen, müssen mehr sein
185 als bloße Symptombekämpfung, sondern verbunden sein mit grundlegender Kritik.
186 Durch die Verbindung von inhaltlicher Bildung und methodischem Training wollen
187 wir diesen Weg gehen und neue Formate für Ortsgruppen im Verband etablieren.
188 Zudem wollen wir das neu veröffentlichte Ortsgruppen-Handbuch allen Aktiven

189 bereitstellen, sodass es möglich ist schnell und einfach an grundlegende
190 Informationen rund um die Arbeit in einer Ortsgruppe zu kommen. Als Instrument
191 soll es in die Ortsgruppenförderung miteinbezogen werden

192 Schnelle Fluktuation in Ämtern hat gerade in strukturschwächeren Gebieten dem
193 Aufbau einer starken Organisation geschadet. Dem wollen wir entgegenwirken,
194 indem wir Verantwortung auf mehr Schultern verteilen und mehr Menschen darin
195 ausbilden, für die Grüne Jugend längerfristig aktiv zu sein und über die
196 nächsten Wahlkampfmonate hinaus zu planen. Durch gezielte Maßnahmen der
197 Frauenförderung wollen wir verhindern, dass gerade Frauen sich schnell aus
198 akuter Überlastung heraus aus der Grünen Jugend zurückziehen. Es reicht aber
199 nicht aus, nur Frauen auszubilden. Um Arbeitsweisen zu professionalisieren und
200 Belastung auf mehr Schultern zu verteilen, wollen wir Landesverbände aktiv darin
201 unterstützen, Strukturen zu schaffen, die eine effektive politische Arbeit
202 ermöglichen, eine klare Rollenaufteilung zu finden und Teamstrukturen zu
203 etablieren. Durch Struktur- und Strategieworkshops mit den einzelnen
204 Landesvorständen kann individuell auf die spezifische Situation vor Ort
205 eingegangen werden, Probleme frühzeitig erkannt und Lösungsstrategien gemeinsam
206 erarbeitet werden.

207 **Finanzen**

208 Politische Arbeit kostet Geld. Als wachsender Verband müssen wir dafür stabile
209 Lösungen finden, wenn wir schlagkräftig für gesellschaftliche Veränderung
210 kämpfen wollen. Durch Verhandlungen mit den Grünen rund um die Zeit nach der
211 Bundestagswahl wollen wir an den steigenden finanziellen Ressourcen beteiligt
212 werden. Wir werden deshalb weiter in Verhandlungen gehen, um mehr finanzielle
213 Unterstützung zu erhalten. Darüber hinaus wollen wir unsere eigenen Einnahmen
214 erhöhen: Zur Bundestagswahl wollen wir deutlich mehr Spenden und Pat*innen für
215 die Grüne Jugend werben. Im Austausch mit Landesvorständen wollen wir dabei
216 auch Potentiale auf kommunaler Ebene in den Blick nehmen. Gemeinsam mit dem Ring
217 politischer Jugend werden wir uns beim Bundesministerium für Familie, Senioren,
218 Frauen und Jugend weiterhin dafür einsetzen, dass die Fördermittel für
219 Jugendarbeit in den nächsten Jahren nicht sinken - auch nicht in
220 krisengeschwächten Bundeshaushalten. Weiterhin werden wir uns für eine
221 Anpassung des Verteilungsschlüssels nach der Bundestagswahl einsetzen um mit
222 ausreichend öffentlichen Fördermitteln ausgestattet zu sein. Im Rahmen der
223 mittelfristigen Finanzplanung wollen wir auch die Finanzierung der Gremien der
224 Grünen Jugend weiter in den Blick nehmen. Es gilt langfristig zu planen, ohne
225 sich die notwendige Flexibilität zu nehmen. Dafür bleiben wir insbesondere mit
226 dem Bundesfinanzausschuss im Austausch. 2021 wollen wir das Genderbudgeting als
227 Instrument der Analyse von Machtstrukturen im Haushalt – und somit auch im
228 Verband – weiterführen und ausbauen. Wir wollen die Ergebnisse des
229 Genderbudgetings im Bundesfinanzausschuss und anderen Gremien diskutieren, um
230 daraus Maßnahmen für den Verband abzuleiten, die wir dann gemeinsam angehen!
231 Landesverbände wollen wir darin unterstützen, eigene Genderbudgetings

232 durchzuführen und auszuwerten.

233 **Frauen-, Inter- und Trans- Förderung**

234 Wir wollen an die Arbeit des Teams für Frauenförderung und
235 Geschlechterstrategie weiterführen und an sie anknüpfen und Gelerntes breiter
236 in den Verband tragen und auf allen Ebenen gemeinsam umsetzen. Dabei kann
237 Frauenförderung nicht losgelöst von Strukturförderung betrachtet werden.
238 Gerade dort, wo viel Fluktuation und Unsicherheit in der eigenen Rolle im
239 Verband herrscht, haben Frauen es schwer, sich einzubringen. Deshalb soll ein
240 Fokus unserer Frauenförderung sein, dort hinzugehen, wo Frauen oft resigniert
241 ihre politische Arbeit in der Grünen Jugend niederlegen. Ein Baustein dafür
242 sollen Schulungen für Orts- und Landesvorstände sein, die die
243 Geschlechterstrategie weiter in den Verband tragen und konkrete Anleitungen
244 dafür geben, wie die Einbindung von Frauen sowie Menschen die inter oder trans
245 sind, gut gelingen kann. Von dieser Strukturförderung können wir alle
246 profitieren und unser Wissen miteinander teilen. Uns ist wichtig, dass die
247 Grünen Jugend ein Verband ist, an dem alle an politischer Bildungsarbeit
248 teilhaben und nicht aus Theoriearbeit und Diskussionsrunden ausgeschlossen
249 werden. Darum wollen wir im nächsten Jahr vermehrt Theorieseminare für Frauen
250 im Rahmen des Frühjahrs- und Bundeskongresses anbieten, damit noch mehr
251 Aktivist*innen teilnehmen und gemeinsam lernen können.

252 Gerade für Frauen in Verantwortungspositionen ist der Austausch mit anderen
253 gewinnbringend. Deshalb wird die Vernetzung der Frauen in Vorständen
254 insbesondere den Sprecherinnen weiter intensiviert. Wir führen einen
255 gemeinsamen Kampf gegen das Patriarchat. Jedoch erfahren Frauen, inter und trans
256 Personen unterschiedliche Hindernisse die es zu überwinden gilt und welche
257 individuelle Förderstrukturen notwendig machen.

258 Personen, die inter oder trans sind, haben in ihrem politischen Engagement oft
259 mit ganz praktischen Hürden zu kämpfen. Diese Hürden gilt es zu analysieren
260 und zu überwinden. Aus diesen Gründen wollen wir im nächsten Jahr noch
261 gezielter Austausch- und Vernetzungsangebote für Personen, die inter- oder
262 trans sind schaffen. Diese Angebote sollen uns das Jahr über unter anderem bei
263 größeren Veranstaltungen im Verband begleiten. So sollen Empowermentstrukturen
264 und ein stukturelles Unterstützer*innennetz geschaffen werden. Veranstaltungen
265 vor Ort müssen so ausgestaltet werden, dass alle gerne an ihnen teilnehmen. Der
266 Austausch zwischen den Verantwortlichen für Frauen, Inter- und Transförderung
267 in den Ländern soll weitergeführt werden und auch hier Wissensteilung
268 intensiviert werden.

269 **Antirassistische Strategien**

270 Anfang des Jahres haben wir mit der Arbeit im Arbeitsbereich Antirassistische

271 Strategien begonnen. Das Ziel ist, Strategien zu entwickeln, die uns helfen als
272 Verband besser darin zu werden, die Ansprache an People of Colour zu verbessern,
273 so dass die Grüne Jugend ein Ort wird, der attraktiv für ein politisches
274 Engagement ist.

275 Das zweite Ziel ist Voraussetzungen zu schaffen, durch die mehr People of Colour
276 dann auch nachhaltig auf den verschiedenen Ebenen in unseren Verband eingebunden
277 werden. Denn für uns ist klar: wenn wir unseren Anspruch Gesellschaft zu
278 verändern in die Tat umsetzen wollen, wollen wir viele unterschiedliche
279 Menschen davon begeistern, Teil dieses Kampfes zu sein! Die geleistete Arbeit
280 des Arbeitsbereichs Antirassistische Strategien im letzten Jahr wollen wir
281 ausbauen und fortsetzen.

282 Wir wollen uns angucken, wie wir die Ergebnisse der Evaluation im Verband in
283 bestehende Projekte einfließen lassen und Maßnahmen testen, wie wir die Grüne
284 Jugend weiter so gestalten können, dass alle in ihr einen Ort für politisches
285 Engagement sehen und sich gerne beteiligen. Dazu gehört beispielsweise die
286 direkte Kombination von gemeinsam lernen und aktiv sein durch einen direkt mit
287 Bildungsangeboten verknüpften Aktionstag. Dieser Aktionstag soll an aktuelle
288 Debatten im Jahr anknüpfen, Antirassismus als politisches Thema bespielen und
289 mit Inhalt füllen. Das hilft uns sowohl in unserer Positionierung und Wirkung
290 nach außen als auch der Wissensbildung nach innen und schafft eine Kombination
291 von Theorie und Praxis. Innerhalb des Verbands wollen wir Formate der Vernetzung
292 und des Empowerments von People of Colour erproben.

293 **Inklusion umsetzen**

294 Vor 11 Jahren wurde die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ratifiziert.
295 Diese schreibt Inklusion als Menschenrecht fest. Inklusion meint dabei
296 ausdrücklich die gleichberechtigte, selbstbestimmte, uneingeschränkte
297 Partizipation aller Menschen an der Gesellschaft. Trotzdem scheint Inklusion in
298 die Gesellschaft momentan vorrangig davon abzuhängen, ob dies ohne großen
299 Aufwand möglich und für den Rest der Gesellschaft zumutbar ist. Wir wollen,
300 dass Menschen in der Grünen Jugend unabhängig von ihrer Behinderung an
301 politischen Prozessen teilhaben können. Deswegen werden wir insbesondere in
302 Hinblick auf den Wahlkampf, in Zusammenarbeit mit Menschen mit Behinderung
303 mögliche Barrieren in den Blick nehmen und im Rahmen unserer finanziellen
304 Möglichkeiten beseitigen.

305 **Mitgliederwerbung**

306 Im Vorfeld der Bundestagswahl wollen wir genau in den Blick nehmen, wie wir
307 gerade Mitglieder werben und durch gezielte Maßnahmen der Mitgliederwerbung neue
308 Zielgruppen erreichen. Soziale Themen, die im Verband besonders präsent sein
309 werden, können dafür einen guten Aufhänger bieten.

310 **Wahlkampf**

311 Gemeinsam mit so vielen starken Kandidat*innen wie nie zuvor gehen wir in ein
312 entscheidendes Jahr. Doch Wahlkampf bedeutet für uns mehr als Stimmen und
313 Parlamentssitze erobern: Unsere Kampagne soll viele Menschen hinter uns und
314 unseren Zielen vereinen - und zugleich die Debatte vorantreiben und Druck machen
315 für grundlegende Veränderungen. Wir wollen mit der Verbindung von sozialen und
316 ökologischen Fragen neue Zielgruppen erreichen und so viele Menschen wie
317 möglich zusammenbringen. Schon in den vergangenen Wahlkämpfen ist unser
318 Verband stark gewachsen und dabei zugleich enger zusammengewachsen - daran
319 können wir anknüpfen! Mit der Wahlkampagne 2021 wollen wir nun noch mehr
320 Aktivist*innen der Grünen Jugend einbinden und ihnen ermöglichen, selbst
321 Verantwortung im Verband zu übernehmen. Diese Aufgabe geht über die
322 Wahlkampfzeit hinaus! Diejenigen, die schon jetzt in Verantwortungspositionen
323 stehen, wollen wir systematisch unterstützen: Beispielsweise mit methodischen
324 Fortbildungen, spezifischer Frauenförderung und engem Austausch für unsere
325 Kandidat*innen. Und natürlich werden wir auch bei den Formaten neue Wege gehen
326 müssen, um auf das Infektionsgeschehen während der Pandemie zu achten und
327 Aktiven und Interessierten direkt vor Ort aktiv einzubinden.

328 Doch zum Glück sind wir nicht allein: Wir haben starke Partner*innen, und im
329 engen Schulterschluss mit anderen linken Jugendorganisationen und Bewegungen
330 kämpfen wir für progressive Mehrheiten! Ob wir diese bei der Bundestagswahl
331 erreichen, liegt auch an uns und unserer Schlagkraft. Doch egal, welche Optionen
332 am Ende stehen: Wir werden mögliche Koalitionsverhandlungen mit klar
333 festgelegten roten Linien begleiten. Grundlage davon sind insbesondere die
334 Beschlüsse des 54. Bundeskongresses der Grünen Jugend. Wir werden diese roten
335 Linien im Vorfeld der Wahl mit dem Länderrat und anderen wichtigen Akteur*innen
336 im Verband, wie den Spitzenkandidat*innen der Länder debattieren und
337 konkretisieren, um auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können.

338 **Internationales**

339 Coronabedingt müssen wir alle internationalen Reisen ohne eine feste
340 Terminierung planen und uns flexibel an die Gegebenheiten anpassen. Wir wollen
341 weiterhin eine Kopenhagen-Fahrt für junge Kommunalpolitiker*innen umsetzen, die
342 wir bereits 2020 in Zusammenarbeit mit dem Europaabgeordneten Reinhard
343 Bütikofer und dem Büro von Jamila Schäfer vorbereitet haben. Geplant ist,
344 gemeinsam die Fahrradinfrastruktur, Klimakonzepte und Energiekonzepte anzusehen,
345 uns auszutauschen und Inspiration für unsere eigene Kommunalarbeit in den
346 Gemeinderäten zu finden. Hierfür stehen wir eng im Kontakt mit unseren
347 Partner*innen aus der Socialistisk Folkeparti und ihrer Jugendorganisation
348 Socialistisk Folkeparti Ungdom. Aufgrund der aktuellen Situation wird ein erster
349 Teil dieses Austauschs zunächst in Form einer virtuellen Veranstaltung
350 stattfinden.

351 Auch der internationale außereuropäische Austausch mit Israel steht weiterhin
352 auf unserer internationalen Agenda. Geplant ist ein persönlicher Austausch mit
353 unseren Partner*innen aus der Organisation Young Meretz zum Thema
354 Lebensrealitäten in Israel und Deutschland, sofern unsere beantragten
355 Finanzausschüsse genehmigt werden und sobald dies die Pandemie-Situation zulässt.
356 Zunächst sind zwei virtuelle Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit Young Meretz
357 geplant.

358 Auch die europäischen Regionalpartnerschaften im Rahmen des Projektes "European
359 Match" werden uns weiterhin beschäftigen. Die Regionen, die im Jahr 2020 aus der
360 GRÜNEN JUGEND teilgenommen haben, sollen auch im nächsten Jahr weiterhin durch
361 das Internationale Team unterstützt werden, ihre Partnerschaften auszubauen und
362 langfristig aufrechtzuerhalten. Auch der Austausch über die Regionen hinweg soll
363 vorangetrieben werden, um so einen Austausch von Ideen und Inspirationen zu
364 erleichtern. Im Jahr 2021 soll der Fokus insbesondere auf dem Thema Wahlen
365 liegen und Partnerschaftsprojekte sollen dazu ermutigt werden, je nach aktueller
366 Lage persönliche Wahlkampf-Besuche oder virtuelle Wahlkampf-Formate in
367 Zusammenarbeit mit ihrer Partnerregion umzusetzen.

368 Schließlich wollen wir auch die Zusammenarbeit mit anderen Partnerorganisationen
369 2021 auch auf Bundesebene weiter vorantreiben: Unser internationales junggrünes
370 Netzwerk bietet hierzu verschiedenste Möglichkeiten, sowohl über unsere
371 Dachorganisationen als auch bilateral mit junggrünen Mitgliedsorganisationen.
372 Dies soll weiterhin in virtuellen Treffen stattfinden, in denen wir den
373 Austausch von GRÜNE JUGEND Mitgliedern mit anderen internationalen junggrünen
374 Aktivist*innen ermöglichen.

375 **Bündnisse**

376 Die Grüne Jugend spielt eine Schlüsselrolle in der Verbindung von Bewegungen und
377 Partei. Wir kämpfen auf der Straße und in Parlamenten für echte Veränderung und
378 eine gerechte Gesellschaft und sehen uns dabei als Teil der Klimabewegung,
379 antifaschistischer Initiativen, queerer Kämpfe, Bewegungen für eine humane
380 Geflüchtetenpolitik und Partnerin von Gewerkschaften.

381 Unsere Bündnisarbeit war im letzten Jahr insbesondere von der Corona-Krise
382 geprägt - und wird es voraussichtlich auch im nächsten Jahr sein. Dennoch wollen
383 wir im nächsten Jahr, soweit es der Infektionsschutz zulässt, auf die Straße
384 gehen. Denn die Klimakrise, die enorme soziale Ungerechtigkeit und der
385 grassierende Rassismus sind zu ernst, als das wir die Füße hochlegen könnten.
386 Eine besondere Rolle in der Vorbereitung von Demonstrationen und Aktionen können
387 unsere ausgebildeten Demotrainer*innen dabei einnehmen, indem sie bei gemeinsam
388 vorbereiteten Schulungen ihr Wissen in die Breite des Verbandes tragen und
389 insbesondere vor großen Demos und Aktionen Trainings anbieten.

390 Wir werden im nächsten Jahr insbesondere mit Blick auf die Bundestagswahl,
391 unsere Bündnisarbeit intensivieren. Inhaltlich wollen wir uns dabei besonders in
392 sozialen Bewegungen und Gewerkschaftskämpfen einbringen und Mobilitätsbündnisse
393 mitgestalten. Soziale und ökologische Konflikte haben die gleiche Ursache im
394 System und müssen deshalb gemeinsam ausgekämpft werden!

V-1-B Keinen Raum der AfD - Verboten, was verboten gehört!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.11.2020
Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Mit der Alternative für Deutschland (AfD) hat die extreme Rechte in der
2 Bundesrepublik seit einigen Jahren eine Partei gefunden, die ihren
3 rechtsradikalen Positionen gerecht wird und die in der Lage ist, ein erhebliches
4 rechtes Wähler*innenpotential zu mobilisieren. Die Partei knüpft damit an eine
5 bundesdeutsche Kontinuität antidemokratischer, rassistischer und antisemitischer
6 Einstellungen an und schafft es wie keine andere Organisation, rechte Weltbilder
7 zu bestätigen und die heterogene extreme Rechte in Deutschland zu vereinen.

Von „eurokritisch“ zu völkisch-national – aber immer rassistisch, antisemitisch und menschenverachtend

10 Seit ihrer Gründung im Jahr 2013 hat sich die AfD von einer scheinbar gemäßigten
11 selbsternannten „eurokritischen“ Partei zu einer Organisation gewandelt, die
12 demokratische Grundsätze mit Füßen tritt und ihr völkisches Gedankengut weit in
13 der Bevölkerung verbreiten kann. Die AfD ist seit ihrer Gründung nicht nur immer
14 weiter nach rechts gerückt, sie hat auch den Diskurs demokratischer Parteien und
15 der Öffentlichkeit massiv beeinflusst und Politiker*innen dazu gebracht,
16 menschenfeindliche Standpunkte in reale Politik umzusetzen. Insbesondere in der
17 Asylpolitik sind unter dem Eindruck extrem rechter Wahlerfolge im Bundestag, den
18 Ländern und Kommunen Entscheidungen getroffen worden, die noch vor wenigen
19 Jahren undenkbar gewesen wären. Mit den letzten Landtagswahlen wurde deutlich,
20 dass der Partei und ihren Wähler*innen mit dieser Strategie der inhaltlichen
21 Annäherung nicht beizukommen ist. Auch wenn die aktuellen Umfragewerte – etwa in
22 der Corona-Krise – nicht auf alte Höhenflüge hindeuten, ist die Partei heute mit
23 ihrer Präsenz in fast allen demokratischen Institutionen in der Lage, mit ihren
24 finanziellen und personellen Ressourcen die Demokratie, Einhaltung der
25 Menschenrechte und das Leben und Wohlergehen marginalisierter Gruppen in
26 Deutschland ernsthaft zu gefährden.

27 Alle Distanzierungen der AfD von verfassungsfeindlichen Organisationen bis hin
28 zu rechtsradikalem Terror haben sich bisher als gefährliche
29 Beschwichtigungsstrategie erwiesen. Der mutmaßliche Mörder von Walter Lübcke

30 hatte die Partei im hessischen Landtagswahlkampf unterstützt. Der Thüringer AfD-
31 Vorsitzende Björn Höcke zeigt sich nicht nur als Holocaustrelativierer, sondern
32 ist auch mit dem NSU-Unterstützer Thorsten Heise bekannt. AfD-Demonstrationen
33 und -Veranstaltungen sind immer wieder Schauplatz für Angriffe auf Gegner*innen
34 und Journalist*innen. Dies zeigt, dass ihre Unterstützer*innen nicht nur mit
35 Mitteln des demokratischen Rechtsstaats ihre menschenfeindlichen und
36 antidemokratischen Ziele durchsetzen wollen, sondern dafür auch nicht vor Gewalt
37 zurückschrecken.

38 **Die Existenz der AfD gefährdet die Demokratie**

39 Welch demokratiegefährdendes Potential die Partei in den Parlamenten entwickelt,
40 zeigt sich nicht nur mit ihrer häufig erkennbaren Arbeitsverweigerung in den
41 Gremien, sondern auch, wenn die Vertreter*innen der AfD demokratische
42 Institutionen missbrauchen und Demokrat*innen gegeneinander ausspielen. Die Wahl
43 des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum thüringischen Ministerpräsidenten im
44 Februar 2020 zeigte auf sehr plastische Weise auf, welches Zerstörungspotential
45 darin liegt, dass eine unverhüllt faschistisch agierende Partei demokratische
46 Verfassungsorgane als Bühne für die Artikulation ihres Machtanspruches nutzt und
47 dabei bürgerliche Parteien für ihre Zwecke nutzt. In Thüringen war die Partei so
48 für eine kurze Zeit an der Mehrheit eines Landesparlamentes beteiligt.

49 Die Erfolge der AfD bei Wahlen auf allen Ebenen hat nicht nur tausenden
50 Mandatsträger*innen in Deutschland und der Europäischen Union zu politischer
51 Macht und potentiell Gestaltungsspielraum verholfen. Mandate bringen auch
52 nicht unerhebliche personelle und finanzielle Ressourcen mit sich. Damit ist die
53 Partei in der Lage, tausende Mitarbeiter*innen von Abgeordneten und Fraktionen
54 auf allen Ebenen mit Auskommen zu versorgen, das für den Aufbau
55 außerparlamentarischer rechtsradikaler Strukturen verwendet werden kann. Das
56 Parteienrecht in der Bundesrepublik ermöglicht es der Partei zudem, große Mengen
57 an Steuergelder für ihre Zwecke zu verwenden. Dass sich die Partei dabei
58 regelmäßig nicht an geltendes Recht hält, zeigen inzwischen einige
59 Parteispendenaffären.

60 **Die AfD widerspricht zahlreichen Prinzipien des** 61 **Grundgesetzes**

62 Mitglieder der AfD und zahlreiche Anhänger*innen wollen die Würde und Freiheit
63 einer Vielzahl von Menschen in Deutschland einschränken. Ebenso wollen sie die
64 Grundrechte einzerner Bevölkerungsgruppen beschneiden. Die Partei ist rassistisch
65 und lehnt die Grundwerte einer liberalen Demokratie mehrheitlich ab. Wie die NPD
66 setzen sich einige AfD-Organisationen für eine Politik der „Volksgemeinschaft“
67 ein. Dieses Konzept missachtet die Menschenwürde und ist mit dem
68 grundgesetzlichen Demokratieprinzip und Gleichheitsgrundsatz unvereinbar.

69 Die AfD, ihre Mitglieder und Anhänger*innen streben nach der Einschränkung der
70 Pressefreiheit und der Auflösung der Freiheit von Lehre und Wissenschaft. Im
71 Februar 2020 forderte die AfD etwa eine staatliche Stelle, die die Einhaltung
72 von „journalistischen Qualitätsstandards“ prüfen sollte. Schon seit ihrer
73 Gründung setzt sich die AfD für die Abschaffung öffentlich-rechtlicher
74 Medienanstalten ein und versucht, die Berichterstattung über ihre Politik etwa
75 auf Parteitagen strikt zu begrenzen und zu regulieren. Landtagsabgeordnete aus
76 Baden-Württemberg und anderen Ländern versuchten mit Meldeportalen die Freiheit
77 der Lehre und Wissenschaft einzuschränken und ein Klima der Verleumdung und
78 Diskreditation zu schaffen.

79 **Verstrickung einiger Mitglieder in rechte Terrornetzwerke**

80 Immer wieder geraten neue Verbindungen von teils einflussreichen AfD-Mitgliedern
81 zu rechtsradikalen und gewaltbereiten Gruppen in den Blick der Öffentlichkeit.
82 Ein Mitarbeiter des AfD-Abgeordneten Nolte ist Teil des rechten Hannibal-
83 Netzwerks, welches aus Mitgliedern des Militärs und der Polizei besteht, die auf
84 einen Umsturz des Systems hinarbeiten. Er ist nicht das einzige AfD-Mitglied,
85 das in rechtsterroristischen Vereinigungen wiederzufinden ist. Der
86 Hauptverdächtige im Mordfall an dem Kasseler CDU-Politiker Walter Lübcke war
87 regelmäßig bei Veranstaltungen der AfD und half auch bei ihrem Wahlkampf. Er
88 hatte offenbar Verbindungen zur inzwischen verbotenen Neonaziorganisation Combat
89 18, die wiederum Verbindungen zum NSU-Komplex hatte.

90 Die Hetze, die einflussreiche AfD-Mitglieder in ihren Reden verbreiten, führt zu
91 Morden oder Angriffen. Das Ungerechtigkeitsempfinden, das die AfD bei ihren
92 Anhänger*innen schürt, führt zu Wut und zunehmender Gewaltbereitschaft unter
93 ihnen. Bei einigen Menschen geht es so weit, dass sie sogar dazu bereit sind,
94 Menschen zu ermorden.

95 **Bewusste NS-Bezüge**

96 Björn Höcke stilisiert sich mit einer NS-nahen Sprache und der Etablierung eines
97 Kultes um seine Person zu einer Führerfigur. Er stellt bewusst Forderungen, die
98 das gesellschaftlich Akzeptierte überschreiten und verschiebt so den
99 öffentlichen Diskurs nach rechts. AfD-Mitglieder versuchen gezielt,
100 Begrifflichkeiten wieder salonfähig zu machen, die ihren Ursprung in der
101 nationalsozialistischen Ideologie haben oder besonders mit dieser Zeit in
102 Verbindung gebracht werden, wie etwa der Begriff „völkisch“. Sie fragen
103 öffentlich, warum wir denn nicht stolz auf die Leistungen deutscher Soldaten in
104 beiden Weltkriegen sein könnten, so wie es in Frankreich, Großbritannien oder
105 den USA üblich sei. Höcke beschrieb einen „[...] lebensbejahenden, afrikanischen
106 Ausbreitungstyp“, damit reproduziert er eine gefährliche Rassenideologie und
107 spricht von einer bevorstehenden „Umvolkung“. Der Parteivorsitzende Alexander
108 Gauland bezeichnete die NS-Zeit als einen „Vogelschiss“ in einer laut ihm „1000-

109 jährigen erfolgreichen, deutschen Geschichte". Damit verharmlost er nicht nur
110 die Verbrechen, die während dieser Zeit in und durch Deutschland begangen
111 wurden. Als die Einführung des 8. Mai als dauerhaften Feiertags im Raum stand,
112 lehnte Gauland dies mit der Aussage es wäre „[...] auch ein Tag der absoluten
113 Niederlage, ein Tag des Verlustes von großen Teilen Deutschlands und des
114 Verlustes von Gestaltungsmöglichkeit“ ab.

115 **Zerstörung des demokratischen, pluralistischen Diskurses**

116 Um ein Beispiel für eine gezielte Steuerung des Diskurses zu bringen, sei die
117 von der AfD gestellte Kleine Anfrage an die Bundesregierung genannt, in der sie
118 die Anzahl der in Deutschland stattgefundenen Gruppenvergewaltigungen 2018 und
119 den Anteil der Tatverdächtigen ohne deutsche Staatsangehörigkeit wissen wollte.
120 Die AfD versucht somit gezielt, die Solidarität innerhalb der Bevölkerung zu
121 zerlegen. Mit Aussagen wie den oben genannten schafft die AfD ein Feindbild für
122 jene Bürger*innen, die sich bereits benachteiligt fühlen. Mit dieser
123 Diskurslenkung schafft die AfD es, Debatten zu dominieren, obwohl sie innerhalb
124 der deutschen Gesellschaft und somit auch im Mehrheitsdiskurs nicht einmal
125 ansatzweise eine Mehrheit darstellen. Sie versuchen sehr erfolgreich, den
126 Diskurs zu bestimmen, indem sie Aussagen tätigen, von denen sie wissen, dass
127 andere sich gezwungen fühlen werden, darauf einzugehen. Zudem sorgt die AfD mit
128 Fake-News und Falschbehauptungen sowie gezieltem Framing für alternative
129 Realitäten und Wahrnehmungen. Entwicklungen von Straftaten werden durch die
130 Partei im Zusammenhang mit Zuwanderung und Geflüchteten falsch oder
131 eindimensional dargestellt. Sie bringt beispielsweise den Islam als Religion in
132 einen völlig irrationalen Zusammenhang mit bestimmten Straftaten wie
133 Vergewaltigung oder Mord. Mit den sprachlichen Bildern einer „Flüchtlingswelle“
134 oder „-flut“ vermitteln sie das Gefühl einer unaufhaltsamen, zerstörerischen
135 Naturkatastrophe.

136 **Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung**

137 Die ehemalige Vorsitzende Frauke Petry vertrat öffentlich die Position, der
138 Begriff „völkisch“ müsse positiv besetzt werden. Die derzeitige
139 stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alice Weidel wiederum diskriminierte im
140 Bundestag Zuwander*innen und Frauen, die ein Kopftuch tragen in der Formulierung
141 „Burkas, Kopftuch-Mädchen, alimentierte Messer-Männer und sonstige
142 Taugenichtse[...]“, dies begründete sie mit der Zuwanderung einzelner
143 Straftäter*innen. Die AfD forderte eine Neuregelung des Familiennachzugs und
144 erarbeitete einen Antrag zur verfrühten Rückführung syrischer Geflüchteter
145 in Regionen, die noch nicht als sicher eingestuft werden können. Auch die
146 Äußerungen zu der vermeintlichen Verbindung zwischen Migration und
147 Kriminalität ist in diesem Rahmen einzuordnen.

148 LGBTQI*-Rechte sieht die AfD ebenfalls sehr kritisch. Homosexuelle Personen

149 hätten laut einigen Mitgliedern den „Volkstod“ mit zu verantworten. In diesem
150 Zusammenhang setzt sich die Partei auch für ein gestriges Familienbild ein und
151 möchte Familien fördern, die mehr als drei Kinder haben. Ebenso will sie Mütter
152 dazu ermutigen, die Kinder zu Hause zu erziehen anstatt sie in den Kindergarten
153 zu schicken und selbst arbeiten zu gehen. Sie sieht Carearbeit in der alleinigen
154 Verantwortung von cis Frauen und versucht durch diesen Vorstoß auch, eine
155 pluralistische Sozialisierung der Kinder zu verhindern. Sie setzt sich aktiv
156 gegen die Aufklärung von Schüler*innen über LGBTQI*-Themen ein und ist der
157 Meinung, die „klassische Familie“ würde durch alternative Familienentwürfe
158 angegriffen. Von der Bundesregierung wollte die Partei wissen, wie sich die Zahl
159 von Schwerbehinderten in Zusammenhang mit Migration und Heirat innerhalb
160 derselben Familien seit dem Jahr 2012 entwickelt hätte. In Thüringen und Sachsen
161 scheiterten sie an dem Versuch, LGBTQI*-Personen unter Sinti und Roma zählen zu
162 lassen. In Sachsen fragten Abgeordnete auch nach der Anzahl von Frauen in
163 gebärfähigem Alter und deren Nationalität.

164 Die AfD setzt sich für eine Verschärfung des Verbots von
165 Schwangerschaftsabbrüchen ein, sodass diese auch bestraft werden können.
166 Währenddessen fordert der Bundestagsabgeordnete Thomas Seitz gar die
167 Wiedereinführung der Todesstrafe als Abschreckung für Asylbewerber*innen. Dem
168 Grundrecht auf Asyl insgesamt steht die AfD seit ihrer Gründung sehr kritisch
169 gegenüber und forderte mehrfach dessen Veränderung oder sogar Abschaffung. All
170 das sind nur einzelne Beispiele für eine Systematik der Diskriminierung, die von
171 der AfD vorangetrieben wird.

172 **Die AfD - eine verfassungsfeindliche Partei?**

173 Faschistische Organisationen gehören verboten. Daher muss auch ein Verbot von
174 Parteien wie die AfD ernsthaft diskutiert und in Betracht gezogen werden. Die
175 Partei gefährdet demokratische Werte, die Rechtsstaatlichkeit und das Leben und
176 die Freiheit vieler Menschen. Die AfD ist eine Partei, die mehrfach gegen
177 grundlegende Verfassungsgrundsätze verstößt und in der Vergangenheit verstoßen
178 hat. Ihre Mitglieder stellen viele Prinzipien, die in der sogenannten
179 „Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung“ gefasst werden, offen in Frage und
180 arbeiten an ihrer Untergrabung. Die Frage ist zu stellen, ob ein
181 Verbotverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht erfolgversprechend ist – aber
182 natürlich ist es auch wichtig, diese Verstöße mit dem Risiko eines misslungenen
183 Verfahrens und der in dem Falle nachfolgenden Legitimierung der AfD oder anderen
184 Risiken wie dem einer noch weiter ausgebauten Unübersichtlichkeit der rechten
185 Szene abzuwägen. Das jedoch kann nur dann stattfinden, wenn die Debatte
186 konsequent und ergebnisoffen geführt wird. Wir fordern demnach, einen Antrag auf
187 Verbot der AfD als Ganzes oder Gliederungen der Partei durch die dazu
188 legitimierten Organe Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung zu prüfen und der
189 Prüfung entsprechend zu verfahren.

190 **Isolierung und Abgrenzung auf allen Ebenen**

191 Außerdem darf es keine Zusammenarbeit mit der Partei oder ihren Funktionär*innen
192 geben. Die AfD soll und muss in der Politik weiterhin isoliert werden und darf
193 unter keinen Umständen ihre Forderungen in irgendeiner Form durchsetzen können.
194 Ein Vorkommnis wie in Thüringen darf sich nicht wiederholen, die AfD und ihre
195 Funktionär*innen dürfen sich niemals mit einer Durchsetzung ihrer
196 menschenverachtenden Politik krönen können. Hierbei bietet sich eine Strategie
197 nach dem Schweriner Weg an, der 2006 für den Umgang mit der damals frisch in den
198 Landtag eingezogenen NPD gefunden wurde. Dieses Modell setzt eine
199 Geschlossenheit seitens der demokratischen Parteien gegenüber der Rechten
200 voraus, infolge derer kein Gesetzesentwurf oder Antrag der Rechten unterstützt
201 wird. Auf Anträge und Einlassungen seitens der rechten Partei antwortet jeweils
202 nur ein*e Abgeordnete*r im Namen aller teilnehmenden Fraktionen, was ein
203 Verschieben der Debatte auf rechte Themen verhindert und den Übergang zur
204 Tagesordnung ermöglicht, jedoch die Äußerungen nicht unbeantwortet stehen lässt.
205 Zudem muss die Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen durch demokratische
206 Politiker*innen verweigert werden, sofern auch Redner*innen der AfD auf dem
207 Podium sitzen. Übertragen auf die AfD bedeutete dies eine deutliche Abgrenzung
208 von rechter Politik, eine klare Haltung und ein solidarisches Zusammenstehen
209 aller Demokrat*innen gegenüber faschistischem Gedankengut.

210 **Zivilgesellschaft gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit**
211 **stärken**

212 Aber nicht nur im Bereich der Politik, sondern auch auf der gesellschaftlichen
213 Ebene müssen die AfD und ihre Anhänger*innen zurückgedrängt werden. Es ist
214 ebenso wichtig, im Alltag Zivilcourage zu zeigen und klarzustellen, dass rechte
215 Hetze in einer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft keinen Platz hat. Um
216 das zu verstärken, muss politische Bildung und Demokratiebildung massiv
217 ausgebaut werden. Ebenso wichtig sind weitere Demonstrationen und Aktionen gegen
218 die Diskursverschiebung nach rechts und die Angriffe auf die Menschen, die nicht
219 ins Weltbild der AfD passen. Gerade wichtige Verbände, die gegen Rassismus
220 vorgehen, klagen vermehrt über rechte Unterwanderungen. Auch hier muss deutlich
221 Stellung bezogen und Unterstützung angeboten werden. Zivile
222 Demokratieförderprojekte, Präventionsangebote, Bildungsangebote, oder Beratung
223 von Opfern rechter Gewalt sind häufig chronisch unterfinanziert und müssen in
224 aufwendigen Verfahren jährlich auf eine Verlängerung der Fördermittel hoffen.

225 Aber auch der Sozialstaat muss weiter gestärkt und systemimmanenter Rassismus
226 gezielt identifiziert und abgebaut werden. Es ist unabdinglich, dass mehr
227 Unterstützungsangebote für Betroffene rechter Hetze entstehen. Dass rechte
228 Angriffe auf Geflüchtete abgetan oder kleingeredet werden,
229 Kommunalpolitiker*innen bei Morddrohungen allein gelassen werden, selbst
230 eindeutig rechte Angriffe wie der Terroranschlag in Hanau als „nicht rechts“

231 eingestuft werden, weil der Täter nicht nachvollziehbar organisiert war, die
232 Verwicklung radikaler Rechter mit unseren Sicherheitsbehörden unter den Teppich
233 gekehrt wird – all das zeigt ein klares Versagen des Rechtsstaates, wenn es um
234 die Einhegung verfassungsfeindlicher Aktivitäten geht. Hier wünschen wir uns
235 eine deutlichere Stellung der staatlichen Stellen und eine Einrichtung
236 unabhängiger Untersuchungs- und Beschwerdestellen. Ebenso fordern wir die
237 garantierte Sicherheit derjenigen, die sich den Rechten in den Weg stellen – ob
238 das nun die Möglichkeit einer Verfolgung von Hetze und Drohschreiben oder gar
239 körperlichen Angriffen ist, der Schutz vor denselben, oder die klare moralische
240 Unterstützung der Betroffenen.

241 Wir alle sind gefragt. Beleidigungen, Drohungen, Verweigerung von Leistungen
242 oder einfach rassistische Äußerungen dürfen niemals unkommentiert in der Luft
243 stehen. Zivilcourage und klare Stellung gegen rechts sind das Gebot der Stunde.

244 **Parteiverbot: Kein staatliches Geld und Strukturen für** 245 **Faschist*innen**

246 Das Verbot von Parteien sollte in einer demokratischen Gesellschaft immer mit
247 größter Vorsicht und als eines unter vielen Mitteln gegen demokratiegefährdende,
248 menschenfeindliche und gewalttätige Organisationen angewandt werden.
249 Demokrat*innen dürfen zum einen nicht der Verführung erliegen, ungeliebte
250 Mitbewerber*innen aus dem demokratischen System entfernen zu wollen. Sie dürfen
251 zudem nicht dem Glauben verfallen, dass Verbote faschistischer Parteien das
252 rechtsradikale Potential, das in der Gesellschaft weit verbreitet ist, ebenfalls
253 mit verbieten.

254 Die Alternative für Deutschland ist jedoch die erfolgreichste faschistische
255 Partei in der Bundesrepublik seit 1945. Die Partei und ihre Anhänger*innen sind
256 keine einfachen Mitbewerber*innen mit konservativen Positionen. Sie kämpfen mit
257 schlichtweg undemokratischen Mitteln um Diskurshegemonie und politische Macht und
258 setzen sich für Ziele ein, die einer demokratischen, freiheitlichen,
259 rechtsstaatlichen und solidarischen Gesellschaft diametral widersprechen. Ihre
260 Programme und öffentlichen Äußerungen strotzen vor Nationalismus, faschistischer
261 Gesellschaftsvorstellungen und Menschenhass.

262 Viele Mitglieder unterstützen es, ihre Ziele durch Waffengewalt durchzusetzen.
263 Einige, wie Stephan E., haben es mutmaßlich bereits getan. Unterstützer*innen
264 beziehen sich offen auf die nationalsozialistische deutsche Vergangenheit. Auch
265 wenn die AfD noch weit davon entfernt ist, demokratische Strukturen der
266 Bundesrepublik zu zerstören, zeigt sich, welches gefährliche Potential in ihr
267 liegt.

268 Dieser Gefahr gilt es zu begegnen. Auf der Straße, im öffentlichen Diskurs und

269 auch auf rechtllichem Wege. Es gilt, sich immer wieder schützend vor vulnerable
270 Gruppen und Opfer von Hass und Rassismus zu stellen und diese zu unterstützen.
271 Dies kann uns aber bei weitem nicht reichen. Ein Verbot der faschistischen AfD
272 würde der extremen Rechten in Deutschland eine wichtige strukturelle Stütze
273 nehmen, unter deren Schutz und in deren Fahrwasser sich Strukturen gebildet
274 haben, die den Fortbestand demokratischer Strukturen und das Leben vieler
275 Menschen bedrohen.

276 Ebenso würde ein Verbot die staatliche Förderung der AfD beenden und ihren
277 Geldfluss versiegen lassen, was den Organisationsgrad antidemokratischer und
278 faschistischer Strukturen einhegen könnte. Es ist nicht erträglich, dass
279 öffentliche Gelder einer Partei zugutekommen, deren Mitglieder das Ziel
280 verfolgen, die Demokratie und die offene, pluralistische Gesellschaft abzubauen.

281 **Warum ist ein verfassungsrechtliches Verbot möglich**

282 Wenn eine Partei nach ihren Zielen oder auch dem Verhalten ihrer Anhänger*innen
283 darauf ausgerichtet ist, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu
284 beschädigen oder abzuschaffen, ist sie verfassungswidrig. Nur die Äußerung
285 dieser Ideen reicht nicht aus; die Parteien müssen ihre negative Haltung
286 gegenüber der freiheitlich demokratischen Grundordnung aktiv vertreten. Es darf
287 außerdem nicht völlig ausgeschlossen sein, dass sie ihre verfassungsfeindlichen
288 Ziele erreichen können. Diese Bedingungen sehen wir bei der AfD erfüllt.

289 **Die Grüne Jugend fordert:**

- 290 • Die intensive Prüfung eines Antrags auf Verbot der Alternative für
291 Deutschland oder einzelner Gliederungen vor dem Bundesverfassungsgericht.
292 Eine Partei, deren Mitglieder aktiv an der Zerstörung einer
293 demokratischen und pluralistischen Gesellschaft mitwirken, gehört
294 verboten.
- 295 • Eine vollständige Isolierung der Partei in den Parlamenten und Gremien
296 auf allen Ebenen: Unter keinen Umständen darf es politische
297 Zusammenarbeit mit der AfD und ihren Funktionär*innen geben. Ihr Einfluss
298 auf das politische Tagesgeschäft und den Diskurs muss gestoppt und jeder
299 Erfolg verhindert werden.
- 300 • Die gezielte Förderung von Zivilcourage und Zurückdrängung auf
301 gesellschaftlicher Ebene durch fortgeführte Demonstrationen und Aktionen.
302 Kein*e Sympathisant*in der AfD sollte den Eindruck bekommen, dass
303 Rassismus und Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft einen Platz haben.
304 Jeder Versuch, sich in Diskurs und Alltag mit rechtem Gedankengut zu
305 etablieren, sollte durch zivilgesellschaftliche Akteur*innen verhindert

306 werden.

307 • Die Unterstützung zivilen Widerstandes durch ein Demokratiefördergesetz.
308 Wir brauchen Bildungsangebote und Unterstützung für alle, die sich für
309 Demokratie und gegen Rassismus und rechte Ideen engagieren wollen.

310 • Mehr Unterstützung und Schutz für Betroffene rechter Gewalt. Kein Mensch
311 sollte sich bedroht oder allein gelassen fühlen, wenn er sich gegen
312 rechts engagiert oder von Rechten angegriffen wird.

V-3-B Verbesserte Therapie, Versorgungslage und Prävention von psychischen Krankheiten

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 31.10.2020
Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Psychische Krankheiten sind Teil der Lebensrealität vieler Menschen. Etwa ein
2 Drittel der Menschen in Deutschland gibt in Befragungen an, an psychischen
3 Krankheiten zu leiden und etwa ein Viertel zeigt beispielsweise Symptome einer
4 depressiven Episode. Laut den Berichten von Krankenkassen steigt auch die
5 Krankschreibung von Arbeitnehmer*innen aufgrund von psychischen Diagnosen extrem
6 an. Nur etwas mehr als die Hälfte der Deutschen würde aber laut Statistik dazu
7 bereit sein, wegen psychischer Probleme in Behandlung zu gehen. Das zeigt, wie
8 groß die Angst vor Stigmatisierung bis heute ist.

9 Am erschreckendsten ist die Tatsache, dass die Zahl der Tode, die auf psychische
10 Krankheiten zurückzuführen sind, dramatisch ansteigt und 2018 alleine in
11 Deutschland bei circa 60.000 Menschen lag. Unser Ziel muss es sein, in einer
12 Gesellschaft zu leben, die niemanden mehr krank macht und denen hilft, die eine
13 psychische Krankheit haben, genau wie sie es benötigen. Jedoch braucht es auch
14 konkrete Hilfe durch eine deutliche Verbesserung der psychotherapeutischen
15 Versorgung, die niedrigschwellig für alle ist und sich an den Bedürfnissen der
16 Einzelnen ausrichtet. Ziel dabei muss immer die Verringerung des subjektiven
17 Leidens sein. Leistungsdruck, Zwang zur Konformität und Existenzängste sind
18 konkrete Auswirkungen des Kapitalismus und tragen neben anderen Faktoren
19 dazu bei, dass Menschen psychisch erkranken. Vielen dieser Menschen kann durch
20 eine bessere therapeutische Versorgung geholfen werden. Der Zweck einer
21 Psychotherapie ist die Verringerung von individuellem Leidensempfinden. Daher
22 fordern wir als Grüne Jugend einen Paradigmenwechsel in den Bereichen der
23 Versorgung, der Niedrigschwelligkeit, dem Übergang zwischen stationärer und
24 ambulanter Therapie, der Diagnostik und der Bedürfnisorientierung der
25 Psychotherapie!
26

27 Wie alle Teile der öffentlichen Gesundheitsversorgung wurde auch der
28 psychotherapeutische Bereich durch politische Reformen mehr und mehr
29 ökonomischen Zwängen unterworfen. Um unsere Forderungen umzusetzen sind
30 Ressourcen nötig, über die der Sektor derzeit nicht verfügt. Eine wirkliche
31 Wende und eine bedarfsgerechte psychotherapeutische Versorgung erfordert eine

32 konsequente Gemeinwohlorientierung der Gesundheitspolitik.

33 **Verbesserung der Versorgung**

34 Im Durchschnitt dauert es 20 Wochen, um einen Therapieplatz zu erhalten. Dabei
35 gibt es ein starkes Gefälle zwischen dem ländlichen Raum und den großen
36 Städten. In den wenigen Städten, in denen Psychotherapeut*innen ausgebildet
37 werden, sind mehr psychotherapeutische Praxen, doch selbst da ist kaum eine
38 ausreichende Versorgung gewährleistet. Durch die schlechte Versorgungslage
39 müssen Menschen mit psychischen Problemen mehrere Personen anrufen, um auf eine
40 Warteliste zu kommen. In psychischen Notfällen sind sowohl Telefonate als auch
41 Wartezeiten unerträglich und die Psychiatrie ein stigmatisierter Ort, wodurch
42 Menschen sich teilweise gar keine Hilfe suchen. Wir brauchen eine drastische
43 Verkürzung der Wartezeit auf 4 Wochen und einen leichteren Zugang zu
44 psychologischer Hilfe!

45 Für Menschen für die der Zugang im heutigen System erschwert ist – aufgrund
46 fehlender Deutschkenntnisse, fehlender Barrierefreiheit für Menschen mit
47 körperlichen und neurologischen Einschränkungen und Behinderungen, ihrer
48 Religion, ihres sozialen Status und Alters – müssen geeignete Therapieplätze
49 wohnortnah oder durch mobile Therapeut*innen zur Verfügung stehen. Der neu
50 eingeführte Studiengang zur Psychotherapie, der den bisherigen Weg über einen
51 Psychologie-Master und eine darauffolgende Ausbildung ablösen soll, kann nur
52 eine tatsächliche Verbesserung bewirken, wenn genügend Studienplätze
53 flächendeckend angeboten werden. Bereits derzeit reichen die von den
54 Krankenkassen zugelassenen Psychotherapeut*innen nicht aus. Durch einen
55 leichteren und schnelleren Zugang würden sich die Zahlen der zu behandelnden
56 Patient*innen deutlich erhöhen. Dementsprechend muss gerade in der Anfangszeit
57 einer Umstellung eine häufigere Berechnung des Bedarfs erfolgen. Diese darf
58 sich nicht nur auf die aktuellen Zahlen der behandelten Personen stützen,
59 sondern muss Faktoren berücksichtigen, die die Suche nach einem
60 Behandlungsplatz bisher verhindert haben. Ziel sollte es sein, erschwerende
61 Faktoren zu reduzieren und die Verfügbarkeit daran anzupassen, statt durch
62 Verknappung der Verfügbarkeit die Hilfesuche zu erschweren.

63 **Niedrigschwelliger, leichter, schneller!**

64 Wesentlich für eine Vermeidung lang andauernder psychischer Erkrankungen sind
65 eine rechtzeitige Behandlung und Präventionsmaßnahmen. Entscheidend für die
66 psychische Gesundheit ist daher nicht nur die Behandlung gefestigter psychischer
67 Erkrankungen, sondern auch die Prävention sowie die Vermeidung einer
68 Verstärkung beginnender psychischer Erkrankungen. Dafür ist es wesentlich,
69 dass der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene so ausgestaltet ist, dass ein
70 hürdenfreier und unverbindlicher Beratungstermin bei Bedarf zeitnah zustande

71 kommt.

72 Darüber hinaus braucht es ein zentrales Verzeichnis aller freien
73 Therapieplätze und einen Ausbau der ambulanten Akutversorgung. Um ein
74 niedrigschwelliges und zugleich auf die unterschiedlichen Bedürfnisse Einzelner
75 zugeschnittenes Angebot herzustellen, sollten Hilfsräume für Beratung,
76 vorläufige Diagnose und Anschlussbehandlung geschaffen werden. Diese können
77 zugleich dem Austausch für Betroffene und Angehörige dienen um dem*der
78 Einzelnen das Gefühl zu nehmen, mit der eigenen Erkrankung oder der eines
79 Menschen im näheren sozialen Umfeld alleine zu sein. Zudem sind insbesondere
80 erste Beratungs- und Therapieangebote in verschiedenen Formaten verfügbar zu
81 machen, beispielsweise telefonisch oder online, damit eine Kontaktaufnahme für
82 alle Hilfesuchenden ortsunabhängig und in der passenden Form möglich ist. Da
83 psychische Probleme keine Besonderheit sind, sollten darüber hinaus breit
84 angelegte präventive Maßnahmen wie Resilienztrainings verstärkt werden.
85 Solche Angebote sind insbesondere an Schulen gezielt bekanntzumachen und
86 durchzuführen. Hierdurch kann nicht nur eine Kenntnis über Hilfsangebote
87 erreicht werden, sondern auch die Sensibilisierung für psychische Erkrankungen
88 und die Selbstverständlichkeit ihrer Thematisierung gefördert werden.

89 **Übergang zwischen stationären Aufenthalten und** 90 **Alltag**

91 In vielen Fällen reicht ambulante Therapie nicht aus – besonders in akuten
92 Krisen, bei schwierig zu behandelnden Krankheitsbildern oder dringend
93 benötigtem Abstand von der bisherigen Umgebung ist ein stationärer Aufenthalt
94 in psychiatrischen oder psychosomatischen Einrichtungen von Nöten. Durch die
95 mangelnde Zeit in der stationären Therapie wird eine Vorbereitung auf das Leben
96 nach der Klinik jedoch kaum ermöglicht. Außerdem sind die Wartezeiten so lang,
97 dass eine ambulante Therapie direkt im Anschluss kaum möglich ist. Deswegen
98 braucht es einen ausschließlich an der Patient*in orientierte Begleitung durch
99 die Therapie. Zur Überbrückung eventueller Wartezeiten und als ergänzende
100 Therapiemethode können (teil-)digitale Angebote, wie beispielsweise Chats mit
101 Therapeut*innen oder app-basierte Programme, weiterhelfen und eine Struktur mit
102 aufbauen sowie Halt geben. Durch andere Angebote könnte unter therapeutischer
103 Begleitung behutsam in den Alltag
104 eingestiegen werden.

105 **Bedürfnisorientierung**

106 Hilfe bei psychischen Problemen sollte genauso individuell sein, wie die
107 Menschen, die sie benötigen. Dabei sind Diagnosen ein wichtiges Hilfsmittel,
108 können aber individuelle Therapieansätze und genug Zeit nicht ersetzen. Gerade
109 das ist aber im bestehenden Gesundheitssystem kaum möglich. Es wird darauf

110 gesetzt, Menschen schnell wieder arbeitsfähig zu machen und zu möglichst
111 „normalen“ Menschen zu machen, statt das individuelle Leid zu lindern. So
112 macht unser System Menschen nicht nur krank, sondern verhindert auch die
113 Genesung. Durch die Ökonomisierung im Gesundheitswesen wird Behandelnden und
114 Patient*innen die Möglichkeit genommen, in Ruhe auf Ursachen psychischer
115 Erkrankungen und Therapiemethoden einzugehen und individuelle Lösungsansätze
116 zu finden. Auch alternative, wissenschaftlich fundierte Therapiemethoden sollen
117 möglich und erstattungsfähig sein. Viele gesellschaftlich marginalisierte
118 Gruppen sind unter Therapierenden nicht ausreichend vertreten. So reproduziert
119 auch die Psychotherapie gesellschaftliche Verhältnisse und Ausschlüsse.
120 Therapierende müssen für die besonders verletzliche Lage vieler Hilfesuchender
121 und gesellschaftliche Machtverhältnisse sensibilisiert werden.

122
123 Gerade im stationären Bereich gibt es kaum Spielräume, um die Therapieangebote
124 anzupassen. Wenn Patient*innen nicht den Anforderungen entsprechen, werden diese
125 möglicherweise entlassen, ohne die dringend benötigte Hilfe zu erhalten. Auf
126 der anderen Seite kommt es teilweise noch zu Zwangsbehandlungen. Beides kann
127 dazu führen, dass Betroffene in Zukunft keine Hilfe mehr suchen. Die Pflege und
128 Versorgung von Menschen mit psychischen Krankheiten erfolgt teilweise ohne
129 fachspezifische Weiterbildungen, ohne Spezialisierung und ohne konkretes Wissen
130 über Krankheitsbilder, wodurch die Behandlung häufig mangelhaft, manchmal
131 sogar schädlich ist. Für eine adäquate Therapie müssen jedoch auch immer
132 andere Krankheitsbilder mit in den Blick genommen werden.

133 **Entstigmatisierung**

134 Häufig werden Menschen, die eine psychische Krankheit haben als nicht
135 „normal“ bezeichnet und stigmatisiert. Diese Stigmatisierung passiert auf
136 der Arbeitssuche, aber auch in der Schule und Ausbildung. So wird Menschen mit
137 psychischen Krankheiten zusätzlich der Alltag erschwert. Daher sind
138 Sensibilisierungsmaßnahmen und Schulungen für Mitarbeiter*innen von
139 Bildungseinrichtungen nötig, um bei psychischen Problemen und Krankheiten
140 Hilfsmöglichkeiten anbieten zu können. Dazu sollten Arbeitgeber*innen, die
141 Menschen mit psychischer Krankheit anstellen, stärker unterstützt werden. Ein
142 offenerer Umgang mit psychischen Krankheiten soll allen genug Wissen zugänglich
143 machen, um im Krankheitsfall selbstbestimmt Therapieangebote wahrnehmen zu
144 können.

145 Die bereits zuvor beschriebenen Sensibilisierungsmaßnahmen, wie etwa
146 Resilienztrainings in Bildungseinrichtungen, können zu einer Entstigmatisierung
147 beitragen. Ein offenerer Umgang mit psychischen Krankheiten soll Allen genug
148 Wissen zugänglich machen, um im Krankheitsfall selbstbestimmt Therapieangebote
149 wahrnehmen zu können. Darüber hinaus sollten aber auch Arbeitgeber*innen und
150 Mitarbeiter*innen von Bildungseinrichtungen geschult werden, um bei psychischen
151 Problemen und Krankheiten Hilfsmöglichkeiten anbieten zu können. Auch das Bild

152 von stationären Einrichtungen muss gewandelt werden. Das vorherrschend Zerrbild
153 von psychiatrischen Kliniken wird unter anderem durch die Darstellung in
154 unterschiedlichen Medien (re-)produziert. Durch umfassende und breite
155 Aufklärung über psychische Krankheiten kann dieses Stigma abgebaut werden.
156 Eine Entstigmatisierung bedeutet auch ein gesellschaftliches Verständnis
157 dafür, dass niemand herrschenden Vorstellungen von Normalität entsprechen
158 muss.

V-4-B Das Bildungszentrum - die Schule von morgen

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.11.2020
Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Bildung ist Voraussetzung für ein friedliches und zukunftsorientiertes
2 Zusammenleben. In der Schule sollen durch das Erleben und Reflektieren von
3 Toleranz und Moral gesellschaftliche Werte gelernt werden. Jedem einzelnen Kind
4 soll durch Bildung ermöglicht werden, sein eigenes Potenzial auszuschöpfen,
5 bestmöglich zu lernen und so zu gesellschaftlicher und politischer Teilhabe
6 befähigt zu sein. Das primäre Ziel sollte nicht akademische Höchstleistung sein.
7 Wichtiger ist es, Kinder zu unterstützen, zu mündigen Erwachsenen zu werden, die
8 in der Lage sind, selbst zu entscheiden, welchen Lebensweg sie einschlagen
9 möchten. Schule muss eine solide Grundlage für das spätere Leben schaffen und
10 Chancen eröffnen, statt sie zu beschneiden. Bewegungen wie „Fridays For Future“
11 und „Black Lives Matter“ zeigen, wie wichtig eine politisierte, europäische
12 Jugend heute ist. Sie legen offen, welche Defizite es innerhalb der Gesellschaft
13 gibt. Politische Bildung, Anti-Diskriminierung jeglicher Art, Empowerment und
14 kritisches Hinterfragen gesellschaftlicher Normen sind unter anderem Themen, die
15 Teil der schulischen Bildung sein müssten.

16 Das aktuelle Schulsystem ist in Hinblick auf diese Zielsetzung ungeeignet. Es
17 fordert von Kindern und Jugendlichen Anpassung an Leistungs- und Lehrnormen,
18 statt individuelle Besonderheiten und Stärken anzuerkennen und zu fördern. Damit
19 bleiben die zahlreichen Chancen unserer gesellschaftlichen Diversität ungenutzt.
20 Das Ziel einer homogenen Gesellschaft gilt schon lange als überholt – konträr
21 dazu steht der Vereinheitlichungsgedanke des deutschen Bildungssystems. Durch
22 das frühe Selektieren und Hierarchisieren im mehrgliedrigen System, findet
23 bereits im Kindesalter eine soziale Auslese statt, die nachweislich nicht nur
24 auf schulischer Leistung beruht. Besonders Schüler*innen mit
25 Migrationsgeschichte und jene aus nicht-akademischen Elternhäusern werden in
26 ihren gesellschaftlichen und akademischen Möglichkeiten beschränkt. Folge dessen
27 ist eine doppelte Benachteiligung. Auch Lehrkräfte sind nicht frei von
28 Rassismen, Sexismen und Ableismen. Dennoch schreiben wir ihnen eine nicht
29 mögliche Objektivität bei Bewertungen zu. Das führt dazu, dass manche
30 Schüler*innen für den gleichen Erfolg mehr leisten müssen, als Andere. Statt
31 diesen Effekt auszugleichen, wird er mit Hilfe von selektiven Maßnahmen durch
32 das aktuelle Bildungssystem verstärkt.

33 Auch Schüler*innen mit Behinderung sind in besonderem Maße davon betroffen.
34 Deutschland hat 2009 die UN-Konvention zu den Rechten von Menschen mit
35 Behinderungen ratifiziert. Aus Artikel 24 UN-BRK geht die Verpflichtung hervor,
36 Menschen mit Behinderung im Regelschulsystem inklusive Bildung zu gewährleisten.
37 Mehr als zehn Jahre später besuchen viele von ihnen aber weiterhin
38 Förderschulen. Dort haben sie nur geringe Chancen auf einen Regelschulabschluss.
39 Außerdem kommen Schüler*innen mit Behinderung weniger mit Schüler*innen ohne
40 Behinderung in Kontakt. So wird die gesellschaftliche Marginalisierung von
41 Menschen mit Behinderung verstärkt und beiden Seiten das Recht auf ein
42 gesellschaftliches Miteinander geraubt.

43 Das Ziel einer homogenen Leistungsgruppe ist nicht nur unerreichbar, vor allem
44 verhindert es sozialen Austausch und forciert vergleichende Tendenzen innerhalb
45 der Lerngruppe. Der Leistungsgedanke, der dem Schulsystem zugrunde liegt und
46 sich in Ziffernnoten und Numerus Clausus ausdrückt, führt nachweislich zu
47 psychischen Belastungen und kann psychische Erkrankungen begünstigen oder
48 verursachen. Schüler*innen werden durch Ziffernnoten in ihren akademischen
49 Möglichkeiten beschnitten und stehen unter Leistungsdruck. Denn Ziffernnoten
50 täuschen eine objektive Vergleichbarkeit vor, die es nicht geben kann und
51 verstärken Ungleichheit. Lehrkräfte sind wie alle Menschen von Erfahrungen,
52 Vergleichen, Stimmungslagen uvm. geprägt. Zudem sind Kompetenzen hoch komplex
53 und individuell.

54 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene leiden unter dem im Kapitalismus immer
55 präsenten Leistungsdruck und Wettbewerb. Das Effizienz- und Leistungsstreben,
56 das in unserer Gesellschaft als Normalzustand angenommen wird, darf nicht
57 Grundlage der schulischen Bildung sein. Schüler*innen müssen sich frei von Lern-
58 und Leistungsdruck individuell entwickeln dürfen. Diese Vielfalt muss sich auch
59 in den Lernräumen und Unterrichtsinhalten wiederfinden. Nur durch eine
60 umfassende Demokratisierung des Schulsystems werden Lernräume und
61 Unterrichtsinhalte Spiegel der Interessen der Schüler*innen. Eine
62 zukunftsorientierte, inklusive Schule kann nicht ohne Digitalisierung auskommen.
63 Digitale Kompetenzen sind wichtige Voraussetzungen für gesellschaftliche
64 Partizipation. Die digitale Welt bietet viele, oft ungenutzte Potenziale, vor
65 allem im Bereich der Teilhabe.

66 Das aktuelle Bildungssystem basiert auf Bildungsföderalismus und Ziffernnoten
67 genauso wie auf Selektion und Schüler*innen-Lehrkräfte-Hierarchie. Einzelne
68 herausragende Schulen und kontinuierliche Reformen können die schwerwiegenden
69 strukturellen Fehler des deutschen Bildungssystems nicht ausgleichen.
70 Selbstbestimmung, Freiheit, Chancengleichheit sowie Emanzipation und
71 Partizipation der Schüler*innen können nur durch einen grundlegenden Neuentwurf
72 des Schulsystems erfolgen. Aufgrund dieser Erkenntnisse fordert die GRÜNE JUGEND
73 die Ersetzung der Schule in ihrer heutigen Form zugunsten der Einführung des gut
74 finanzierten inklusiven, demokratischen, digitalen, flexiblen,
75 zukunftsorientierten, europäischen und sich stetig weiterentwickelnden

76 Bildungszentrums.

77 **Grundkonzept**

78 Das Bildungszentrum wird von allen Kindern bis jungen Erwachsenen mindestens
79 zehn Jahre lang besucht. Das Bildungszentrum ist eine gebundene
80 Ganztagsinstitution. Die Schüler*innen sind in heterogenen Stammgruppen
81 organisiert. In diesen lernen Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam. Der
82 Fokus liegt auf einer engen Zusammenarbeit und individuellen Förderung der
83 Schüler*innen. Bei allen Entscheidungen werden alle beteiligten Akteur*innen
84 demokratisch einbezogen. Die Schüler*innen wählen sich ihre Themen innerhalb
85 eines vorgegebenen Rahmens selbst aus und bearbeiten diese zunehmend
86 selbstständig. Alle notwendigen Kosten der Schüler*innen werden vom Staat
87 übernommen. Die Rahmenbedingungen für das Bildungszentrum schafft der Bund. Die
88 genaue Ausgestaltung erfolgt auf Ebene der einzelnen Bildungszentren. Dabei
89 orientieren sie sich an den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Es
90 finden zudem regelmäßige Evaluationen hinsichtlich der Lehrmethoden innerhalb
91 der Bildungszentren statt. Nach zehn Jahren stehen den Schüler*innen
92 individuelle Wege offen Sie können beispielsweise mit einer Ausbildung beginnen
93 oder noch länger im Bildungszentrum bleiben. Für einige Schüler*innen ist es
94 zudem sinnvoll, schon mit einem Studium zu beginnen.

95 **Gesetzgebung**

96 Der Bund schafft für die Bildungszentren entsprechende Rahmenbedingungen. Der
97 Freiraum innerhalb des Rahmens ermöglicht eine größtmögliche Selbstbestimmung
98 aller am Bildungszentrum Beteiligten.

99 **Gleiche Rahmenbedingungen**

100 Dem Bund fallen die Verwaltung, die Finanzierung, die Vernetzung der
101 Bildungszentren und die mit breiter zivilgesellschaftlicher Beteiligung, vor
102 allem junger Menschen, betriebene Ausarbeitung eines auf essenzielle Kernpunkte
103 beschränkten Kerncurriculums, welches viel Raum schafft für individuelle
104 thematische Schwerpunktsetzung, zu. Entscheidungen sollen perspektivisch auf
105 europäischer Ebene getroffen werden mit dem Ziel einer einheitlichen
106 Bildungspolitik. Der Gesetzgebung des Bundes müssen die Bundesländer über den
107 Bundesrat zustimmen.

108 **Dezentrale Entwicklungsmöglichkeiten**

109 Die genaue Ausgestaltung erfolgt auf Ebene der einzelnen Bildungszentren. Dazu
110 gehören die Gestaltung der Lernräume und die konkreten Entscheidungsstrukturen.

111 Innerhalb klarer Vorgaben werden zudem thematische Schwerpunkte gesetzt.
112 Örtliche und kulturelle Besonderheiten werden dabei ebenso wie für sonstige
113 Gestaltungsentscheidungen miteinbezogen. Im Bildungszentrum treffen
114 Schüler*innen und Lernbegleitende grundsätzlich alle Entscheidungen
115 demokratisch. Je nach Schüler*in und Thema können auch Erziehungsberechtigte mit
116 in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Bestimmte Entscheidungen, wie die
117 thematische Fokussierung in der Erstellung der individuellen Lernpläne, liegen
118 bei den einzelnen Schüler*innen.

119 **Unterrichtsgestaltung**

120 **Gestaltung des Lernens**

121 Im Bildungszentrum wechseln sich konzentrierte, körperlich aktive,
122 handwerkliche, kreative und entspannte Phasen ab (rhythmisierte Ganztage). So
123 werden geistig aktive Zeiten genutzt und durch körperliche Aktivitäten
124 unterstützt. Die täglichen Bildungszeiten orientieren sich an wissenschaftlichen
125 Erkenntnissen zum natürlichen und individuellen Biorhythmus von Kindern,
126 Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Vor und nach den regulären Lernzeiten gibt
127 es die Möglichkeit der Betreuung, wenn dies von Schüler*innen bzw.
128 Erziehungsberechtigten gewünscht wird.

129 In der konkreten Gestaltung des Lernens besteht großer Freiraum, sodass sie auf
130 Schüler*innenschaft und Lernbegleitende passgenau abgestimmt werden kann. An
131 erster Stelle steht das Ziel, die Schüler*innen individuell dabei zu
132 unterstützen, zu mündigen, selbstlernenden, kritischen und sozialen Menschen zu
133 werden. Im Bildungszentrum geht es deshalb vorrangig um die Vermittlung von
134 (sozialen) Kompetenzen. Die Fähigkeit, Informationen kritisch einzuordnen und zu
135 hinterfragen sowie eine eigene Meinung auszubilden und diese vertreten zu können
136 sowie Verantwortung zu übernehmen für sich selbst und die Gesellschaft, steht
137 dabei stärker im Fokus als die Wissensvermittlung.

138 **Gemeinsames Forschen**

139 Die Schüler*innen sind vorrangig in kleinen alters- und leistungsheterogenen
140 Stammgruppen organisiert. In geeigneten Einheiten lernen mehrere Stammgruppen
141 gemeinsam bzw. in neu zusammengesetzten Konstellationen. So kann ein Austausch
142 zwischen verschiedenen Schüler*innen und über verschiedene Altersstufen hinweg
143 stattfinden. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der gegenseitigen Unterstützung
144 von leistungsstärkeren und leistungsschwächeren Schüler*innen. Ebenso besteht
145 die Möglichkeit, dass die Schüler*innen ihre Lehrkräfte in speziellen Thematiken
146 schulen, um individuelle Erfahrungen zu teilen und ein Lernen auf Augenhöhe zu
147 erreichen. Davon abgesehen finden auch Einheiten, in denen sich die Lerngruppen
148 nach Interessen zusammensetzen, statt.

149 Der Fokus des Lernens liegt auf problem- bzw. lösungsorientierter und kreativer
150 Projektarbeit, in der Wissen und Kompetenzen durch eigene Praxiserfahrungen und
151 Recherchearbeit erarbeitet werden. Dabei werden Orte der Begegnung und des
152 sozialen Lernens geschaffen. Die Stammgruppen beschäftigen sich immer mit einem
153 Thema, welches sie u.a. aus naturwissenschaftlicher, sprachlicher,
154 geographischer, gesellschaftskritischer, historischer, künstlerischer, ethischer
155 oder auch psychologischer und philosophischer Sicht kritisch betrachten. Wo
156 möglich wird mit allen Sinnen gelernt. Das Bildungszentrum weist eine
157 Ausstattung auf, die es den Schüler*innen selbst ermöglicht, aktiver Teil einer
158 lebendigen Institution zu sein. Schüler*innen bringen sich beispielsweise selbst
159 in der Organisation einer Cafeteria oder eines Kiosks ein, aber auch die
160 Technik, der Garten und das sonstige Gelände weisen eine Ausstattung auf, die
161 den Schüler*innen Möglichkeiten bietet, sich auszuprobieren und Verantwortung zu
162 übernehmen.

163 **Regionale Bildungslandschaften**

164 Zum praxisnahen Lernen gehört, dass das Bildungszentrum zur Außenwelt hin offen
165 ist. So werden für Projekte Exkursionen von den Schüler*innen (mit-)organisiert
166 oder Expert*innen, Zeitzeug*innen, Berufstätige oder auch Künstler*innen aus den
167 jeweiligen Fachgebieten eingeladen. Dabei findet immer eine kritische
168 Auseinandersetzung mit deren Tätigkeiten, Werten und Weltanschauungen statt.
169 Durch Vernetzung mit und Unterstützung durch andere Bildungsträger sowie
170 Institutionen und Unternehmen der Region werden regionale Bildungslandschaften
171 geschaffen.

172 **Selbstbestimmung und Freiheit**

173 Alle Schüler*innen haben ihre individuellen Lernpläne, die sie auf Grundlage der
174 eigenen Fähigkeiten und Interessen gemeinsam mit Lernbegleitenden erstellen und
175 eigenverantwortlich innerhalb der Zeiten des Bildungszentrums bearbeiten. Ihnen
176 obliegt die Wahl der Bearbeitungsgeschwindigkeit, der inhaltlichen
177 Ausgestaltung, des Lernortes innerhalb des Bildungszentrums und der
178 Lernpartner*innen. Die Lernbegleitenden beraten die Schüler*innen regelmäßig und
179 individuell bei der Erstellung ihrer Lernpläne. Sie stehen den Schüler*innen zur
180 Unterstützung und fachlichen Hilfe beiseite. Auch erkennen sie, wenn sich
181 Schüler*innen Leistungsdruck selbst auferlegen und versuchen, ihnen Wege
182 aufzuzeigen, wie sie mit diesem umgehen. Ebenso motivieren sie zur Beschäftigung
183 mit herausfordernden und neuen Themen. Sie stellen den Schüler*innen die
184 gewünschten Materialien zur Verfügung. Diese dürfen zur freiwilligen Vertiefung
185 auch mit nach Hause genommen werden, eine verpflichtende Bearbeitung
186 (Hausaufgaben) gibt es nicht. Außerdem regen sie die Schüler*innen zu einem
187 sensiblen gemeinschaftlichen Miteinander ohne Ausgrenzung und zur Schaffung
188 entsprechender Strukturen unter den Schüler*innen an. Die Ferienzeiten werden
189 flexibel gestaltet: Zusätzlich zu gemeinsamen Schulferien, können Schüler*innen
190

selbstbestimmt freie Tage nutzen.

191 **Bildung ist kostenlos**

192 Alle Bildungskosten der Schüler*innen sowie Kosten für den Zugang zu
193 Bildung(szentren) werden vom Staat übernommen. Während Lernmittel wie Bücher den
194 Schüler*innen kostenlos ausgeliehen werden, gehen andere Lernmittel wie digitale
195 Endgeräte in das Eigentum der Schüler*innen über. Sie dürfen von den
196 Schüler*innen auch privat genutzt werden.

197 **Multiprofessionelle Lernbegleitende**

198 Im Bildungszentrum werden die Kinder bis jungen Erwachsenen beim Lernen von
199 einem multiprofessionellen Team begleitet. Diesem gehören Fachkräfte aus den
200 Bereichen Pädagogik, Therapie, Logopädie, Psychologie sowie weiteren
201 Fachbereichen an. Mehrere Mitglieder des multiprofessionellen Teams koordinieren
202 eine Stammgruppe. Das Zentrum ermöglicht und erwartet von den Lernbegleitenden
203 eine kontinuierliche Weiterentwicklung. Deshalb werden hochwertige Fortbildungen
204 besucht. Teambesprechungen finden regelmäßig statt. Es findet ein Austausch über
205 Lehrmethoden statt, aber auch entsprechende Materialien werden stets geteilt.
206 Ergänzend findet ein Austausch mit Lernbegleitenden aus anderen Bildungszentren
207 statt. Die Lernbegleitenden diskutieren stammgruppenübergreifende Probleme sowie
208 Erfolge und Vorgänge innerhalb einer Stammgruppe. Im multiprofessionellen Team
209 werden Kollaboration und Kooperation gelebt. Regelmäßig finden Besuche zur
210 Evaluation und qualitativen Weiterentwicklung der Lernsituation statt. Zur
211 Aufgabe der Lernbegleitenden gehört auch, für Schüler*innen, die beispielsweise
212 aufgrund von Krankheit nicht ins Bildungszentrum kommen können, Bildungsangebote
213 zu schaffen und soziale Kontakte während der Abwesenheit zu fördern sowie die
214 Wiedereingliederung frei von Stigmatisierung zu ermöglichen. Pflegekräfte und
215 weiteres Personal, das nicht Teil der Lernbegleitenden ist, wird über das
216 Bildungszentrum angestellt. Es wird sinnvoll in die Arbeit des
217 multiprofessionellen Teams eingebunden.

218 **Digitalisierung**

219 Medienkompetenz ist zentral für das Leben im 21. Jahrhundert. Digitale Medien
220 unterstützen die Inklusion und bieten vielfältige Optionen zur differenzierten
221 Gestaltung des Lernens und Ansprache der Schüler*innen auf verschiedenen Ebenen
222 und somit einen Mehrwert. Deshalb werden sie eng mit analogen Medien verknüpft,
223 ersetzen diese aber nicht in allen Fällen.

224 **Chancen der Digitalisierung aufgeklärt nutzen**

225 Den Risiken digitaler Medien wird mit Aufklärung begegnet. Das Bildungszentrum

226 ist zentraler Ort zur Sensibilisierung und Prävention: Im Bildungszentrum wird
227 der verantwortungsvolle Umgang mit persönlichen Daten, Gefahren durch Betrug
228 sowie der Umgang mit Pornografie und Gewalt im Internet besprochen und kritisch
229 diskutiert. Die Lernbegleitenden sensibilisieren die Schüler*innen für das
230 Suchtpotential sozialer Medien und Spiele und geben ihnen Strategien zu
231 selbstschützendem Verhalten mit auf den Weg.

232 **Fortbildungen zur Digitalisierung**

233 Um die Vorteile der Digitalisierung nutzen zu können, werden alle
234 Lernbegleitenden regelmäßig professionell im Umgang mit digitalen Medien
235 fortgebildet. Da die meisten Schüler*innen bereits mit digitalen Medien
236 aufwachsen, bieten sich zusätzlich Schulungen für Lernbegleitende auch durch
237 interessierte Schüler*innen in diesem Bereich besonders an.

238 **Lernräume**

239 Das Bildungszentrum ist kultureller Mittelpunkt und Lebensort. Damit trägt es
240 eine hohe Verantwortung hinsichtlich des Wohlbefindens und der psychischen
241 Gesundheit. Die Architektur und Einrichtung der physischen Lernräume des
242 Bildungszentrums richtet sich nach dem Wohl der Schüler*innen und deren
243 erfolgreichen Lern- und Entwicklungsprozessen. Die Schüler*innen beteiligen sich
244 an der Wahl der Ausstattung und Gestaltung der Räumlichkeiten. Um zügig und ohne
245 großen Aufwand die Lernumgebung umzugestalten, ist ausreichend Platz in den
246 Räumen vorhanden und die Möbel sind leicht und flexibel einsetzbar. Eine
247 angemessene Versorgung mit Strom und Internet ist die Voraussetzung für den
248 Einsatz digitaler Medien. Insbesondere bei Neubauten soll die Architektur den
249 pädagogischen Anspruch der Bildungszentren widerspiegeln. Bestehende Gebäude
250 sollen nach Möglichkeit nach diesen Konzepten barrierearm umgestaltet werden.

251 **Pädagogische Architektur**

252 Die Architektur der verschiedenen Gebäudeteile und Räume ist vielfältig,
253 barrierefrei und transformatorisch. Sie orientiert sich in der Form an der
254 geplanten Nutzung. Die Aufteilung auf verschiedene größere und kleinere
255 Gebäudeeinheiten ist dazu beispielsweise eine gute Möglichkeit. Die Räume bieten
256 viel Licht und sind ästhetisch nach Wunsch der Schüler*innen und des Personals
257 gestaltet. Das Gebäude wird dabei als einheitlicher Komplex begriffen, in dem
258 die einzelnen Teile ein Zusammenspiel ergeben. Wenn Lerngruppen und
259 Schüler*innen flexibler in der Raumwahl werden, dann spiegelt sich dies auch in
260 der Architektur wieder. So gibt es Orte, an denen große Gruppen zusammenkommen
261 können, Räume für Kleingruppen und ruhige Plätze, die der Einzelarbeit dienen.
262 Die Räume sind zudem offen bzw. verbunden und halten durch ausgeklügelte
263 Akustik-Konzepte die Geräuschkulisse auf einem angenehmen Niveau. Auch die Flure
264

sind Teil des Lern- und Lebensraumes und entsprechend gestaltet.

265 **Lernlandschaften für eine Entwicklung in Eigenverantwortung**

266 Hinsichtlich der Nutzung der Einrichtungsgegenstände wird den Schüler*innen
267 größtmögliche Freiheit eingeräumt. Es gibt frei zugängliche digitale Medien,
268 Lehr- und Lernmaterialien, Sportgeräte und Spielzeuge. Wo eine Kontrolle der
269 Nutzung nötig ist, wird diese grundsätzlich durch Schüler*innen selbst
270 übernommen. Es gibt ausreichend bequeme und ansprechend gestaltete
271 Sitzmöglichkeiten. Die Räume werden flexibel und entsprechend der Lehrmethoden
272 genutzt. Denkbar ist eine Nutzung mehrerer Räume für jeweils ein eigenes Thema,
273 um auf diese Weise Lernlandschaften zu entwickeln. Dabei können die Räume auch
274 Aufgaben auf unterschiedlichen Niveaus anbieten. Im Bildungszentrum gibt es
275 zudem Erholungsräume sowie Schutz- und Rückzugsräume, die von den Schüler*innen
276 bei Bedarf freiwillig aufgesucht werden können. Für die Lernbegleitenden gibt es
277 eine ausreichend große Anzahl an größeren und kleineren Räumen, die für
278 regelmäßig stattfindende Besprechungen der multiprofessionellen Teams, für die
279 Vorbereitung, aber auch als Ruheräume genutzt werden können. Neben diesen Räumen
280 gibt es im Bildungszentrum eine vollwertige Küche, in der kostenloses frisches,
281 regionales und bio Essen zubereitet wird. Dabei besteht die Möglichkeit, dass
282 die Küche sowie die Mensa von den Kindern und Jugendlichen selbstständig in
283 Zusammenarbeit mit Köch*innen bewirtet und ausgestaltet wird.

284 **Ökologisches Vorbild und kultureller Mittelpunkt**

285 Das Bildungszentrum ist klimaneutral und erzeugt mehr Energie als es verbraucht.
286 Die Innen- wie die Außenräume sind reich an Bepflanzungen. Die Außenräume sind
287 zudem naturnah gestaltet, umfassen einen Garten und beinhaltet essbare Elemente.
288 Darüber hinaus bieten die Außen- und Innenräume zahlreiche Spiel- und
289 Bewegungsräume. Im Bildungszentrum wird Bildung als lebenslanges Konzept gelebt.
290 Es wird dadurch zu einem den Ort und das Viertel prägenden Treff-, Bildungs- und
291 Gestaltungszentrum. So wird es auch für Unterhaltungsveranstaltungen genutzt,
292 sowie für Kultur und Sport. Dabei ist das Zentrum grundsätzlich allen Menschen
293 zugänglich.

294 **Entwicklungsreflexion und Abschluss**

295 Wertschätzende Entwicklungsreflexion sowie Entwicklungsausblicke bilden die
296 Grundlage für ein motivierendes, förderndes Umfeld. Eine individuelle Evaluation
297 lässt Schüler*innen die Freiheit, Präferenzen nach eigenem Ermessen auszubauen
298 und Schwächen im persönlichen Tempo und ohne Druck von außen aufzuarbeiten.
299 Leistungs- und Lerndruck werden durch Wertschätzung und Hilfestellungen
300 aufgefangen. Voraussetzung dafür ist, dass Schüler*innen und Lernbegleitende
301 sich grundsätzlich im Austausch über Didaktik, Inhalte sowie beiderseitige

302 Leistung befinden. Regelmäßig finden persönliche Gespräche über den aktuellen
303 Lern- und Entwicklungsstand statt. Diese sollen der Rückmeldung der Leistung der
304 Schüler*innen, aber auch der Lernbegleitenden dienen. Das Lehrpersonal nutzt die
305 gewonnenen Informationen, um die Schüler*innen individuell zu unterstützen.

306 **Individuelle Entwicklungsberichte**

307 Halbjährlich erhalten die Schüler*innen Entwicklungsberichte, die ohne
308 Ziffernnoten auskommen. Diese sind in einer für die*den individuelle*n
309 Schüler*in verständlichen Form festgehalten. Ziel der Entwicklungsberichte ist,
310 die Schüler*innen auf ihrem individuellen Lernweg zu unterstützen, ohne
311 Leistungsdruck aufzubauen. Die Entwicklungsberichte bestehen aus
312 themenübergreifenden Rückmeldungen, die nicht nur die individuellen Leistungen
313 enthalten, sondern auch die persönliche Entwicklung, die Motivation und das
314 soziale Engagement der Schüler*innen würdigen. Entwicklungsberichte werden
315 persönlich im Lernbegleitende*r-Schüler*in-Gespräch besprochen. Hier bleibt Raum
316 für beiderseitige Verbesserungsvorschläge sowie Lob. Von besonderer Bedeutung
317 ist, dass die Lernbegleitenden die Selbsteinschätzungen der Schüler*innen
318 einholen, um etwaige Diskrepanzen zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung der
319 Schüler*innen zu behandeln.

320 **Selbstbestimmter Abschluss und persönliche** 321 **Zulassungsverfahren**

322 Die Schüler*innen entscheiden selbst, wann sie ihre – mindestens zehnjährige –
323 Laufbahn im Bildungszentrum beenden wollen. Zur Beendigung erhalten sie einen
324 schriftlichen Abschlussbericht, dessen Erhalt an keine weiteren Bedingungen
325 geknüpft ist. Dieser kommt ohne Zensuren aus, fasst die Bildungsbiographie der
326 Schüler*innen zusammen und benennt die Kompetenzen der Schüler*innen. Mit diesem
327 können sich die ehemaligen Schüler*innen auf Ausbildungs- und Studienplätze
328 bewerben. Dort absolvieren sie Aufnahmeverfahren, die berufsbezogene
329 beziehungsweise studienbezogene Kompetenzen und Interessen prüfen.

330 **Demokratie**

331 Demokratische Strukturen finden sich auch im Bildungszentrum wieder.
332 Schüler*innen lernen im Bildungszentrum nach ihrem Interesse und in ihrer
333 Geschwindigkeit. Das kann nur durch demokratische Strukturen gewährleistet
334 werden. Diese dienen dabei nicht nur als Interessenvertretung innerhalb des
335 Bildungszentrums, sondern lehren auch Demokratieverständnis und Zusammenhalt und
336 unterstützen die Schüler*innen in Selbstwirksamkeitserfahrungen.

337 **Ausgeglichene Machtverhältnisse und Partizipation aller** 338 **Beteiligten**

339 Im Bildungszentrum sind die Machtverhältnisse ausgeglichen. Das
340 Schüler*innenparlament ist neben der Lernbegleitendenkonferenz mit
341 weitreichenden Kompetenzen ausgestattet. Engagement im Schüler*innenparlament
342 wird von den Lernbegleitenden gefördert sowie in Entwicklungsberichten
343 gewürdigt. Lernbegleitendenkonferenzen werden grundsätzlich unter Anwesenheit
344 von Schüler*innen abgehalten, um Transparenz und Mitbestimmung zu fördern. Je
345 nach Thema wird für Entscheidungen, wie beispielsweise die Gestaltung des
346 Außenbereichs und der Lernmethoden, eine bestimmte Mehrheit innerhalb des
347 Schüler*innenparlaments benötigt.

348 **Teilhabe der Schüler*innen am Aufbau der Lernstruktur**

349 Das Grundgerüst der Lernstruktur wird in Zusammenarbeit zwischen
350 Lernbegleitenden und dem Schüler*innenparlament ausgearbeitet. Konkrete
351 gemeinsame Unterrichtsinhalte sowie Didaktik werden dann im Rahmen des
352 Curriculums innerhalb der Stammgruppe demokratisch abgestimmt. Wo möglich dürfen
353 einzelne Schüler*innen oder Gruppen innerhalb der Lerngruppe selbst über ihre
354 Themen und Lernmethoden bestimmen.

355 **Schüler*innenhilfen und Konfliktlösung**

356 Freiwillige Schüler*innenhilfen dienen als erste Ansprechpartner*innen für die
357 Schüler*innen. Probleme, Konflikte und Fragen können so untereinander gelöst
358 werden. Bei Bedarf können Lernbegleitende hinzugezogen werden. Sie nehmen dann
359 eine beratende Funktion ein oder dienen als Mediator*innen.

360 **Schüler*innenrat**

361 Die Schüler*innen einer Stammgruppe setzen sich regelmäßig als Schüler*innenrat
362 zusammen. Dieser ermöglicht ihnen gegenseitige Hilfe, Raum für Konfliktlösung
363 und bietet eine Diskussionsplattform. Es können beispielsweise Themen besprochen
364 werden, die das Miteinander, den Lerninhalt oder dessen Gestaltung betreffen.
365 Ebenso können Ausflugsplanungen und Vorschläge ausgearbeitet werden. Dafür steht
366 dem Schüler*innenrat ein Budget zur Verfügung, über das er grundsätzlich frei
367 entscheiden kann.

368 **Unterrichtsinhalte**

369 **Lerninhalte**

370 Schüler*innen verlassen das Bildungszentrum als kritische Weltbürger*innen. Dazu
371 stellt das Bildungszentrum die zentralen Weichen.

372 **Bemündigung zur gesellschaftlichen Mitsprache**

373 Die frühzeitige sozialetische, gesellschaftliche und politische Mitsprache als
374 mündiger Mensch setzt voraus, sich schon im Bildungszentrum mit entsprechenden
375 Fragen auseinanderzusetzen. Von besonderer Bedeutung sind dabei aus heutiger
376 Sicht z.B. folgende Themen:

- 377 • Demokratie
- 378 • Kapitalismus, soziale Ungerechtigkeiten und alternative Wirtschaftssysteme
- 379 • Patriarchat und heteronormative Gesellschaft, Sexismus, Geschlechterrollen
380 und Gender
- 381 • Rassismus
- 382 • Inklusive Gesellschaft
- 383 • Organisationstheorien
- 384 • Klimagerechtigkeit, Umwelt-, Naturschutz und Nachhaltigkeit
- 385 • Extremismus, insbesondere Rechtsextremismus
- 386 • Kolonialismus und Expansionspolitik

387 **Weltanschauungen kritisch betrachten**

388 Alle Kinder und Jugendlichen beschäftigen sich unabhängig von der eigenen
389 Konfession mit Philosophien und Weltanschauungen. Dabei werden unterschiedliche
390 Religionen von verschiedenen Seiten kritisch beleuchtet. Einen besonderen Raum
391 nimmt die Beschäftigung mit Werten, Normen und Verhaltensweisen ein. Dabei
392 werden die Schüler*innen besonders zur Selbstreflexion ermuntert.

393 **Diversität der Quellen**

394 Eine Verbindung zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart wird hergestellt
395 und diskutiert. Die Lerninhalte werden immer aus verschiedenen Perspektiven
396 betrachtet. Bei der Quellenauswahl wird auf Diversität geachtet. Die Sichtweise
397 von marginalisierten Gruppen wie Frauen, inter und trans Personen, LGBTQIA,
398 Menschen mit Behinderung, Schwarzen Menschen und People of Color oder von Armut
399 betroffenen Menschen sind genauso obligatorisch wie die außereuropäische

400 Perspektive.

401 **Psychische Gesundheit**

402 Psychische Erkrankungen sind starke Hemmnisse einer guten Bildung und
403 Selbstverwirklichung. Deshalb wird psychischen Erkrankungen im Bildungszentrum
404 aktiv entgegengewirkt.

405 **Prävention und stigmatisierungsfreier Umgang**

406 Zum multiprofessionellen Team gehören Psycholog*innen. Sie stehen jederzeit als
407 Ansprechpersonen für alle Beteiligten zur Verfügung und schulen diese
408 regelmäßig. Der hohe Stellenwert psychischer Gesundheit allgemein sowie der
409 einzelner Krankheitsbilder wird thematisiert. Eine spezifische Stärkung der
410 Resilienz findet statt. Risikofaktoren für die psychische Gesundheit wird aktiv
411 entgegengewirkt, indem gegen Mobbing und Menschenfeindlichkeit im Alltag
412 gearbeitet wird. Auf Menschen mit psychischen Erkrankungen wird besonders
413 Rücksicht genommen und die Lernpläne werden stetig an die aktuelle Situation
414 angepasst. Das Thema psychische Gesundheit wird in den Gesprächen zwischen
415 Schüler*innen und Lernbegleitenden thematisiert. Den Schüler*innen werden
416 Angebote zur Hilfe unterbreitet. Schüler*innen und Angestellte erhalten
417 geeignete Hilfe frei von Stigmatisierung.

418 **Hilfe über das Bildungszentrum hinaus**

419 Das multiprofessionelle Team arbeitet mit Kinder- und
420 Jugendpsychotherapeut*innen und Psychiater*innen außerhalb des Bildungszentrums
421 zusammen, um eine bestmögliche Unterstützung innerhalb des Bildungszentrums zu
422 gewährleisten. Eine Weitergabe von persönlichen Daten findet nur auf
423 ausdrücklichen Wunsch der Person oder bei akuter Selbst- oder Fremdgefährdung
424 statt. Psychiatrische und psychotherapeutische Behandlungen finden außerhalb des
425 Bildungszentrums statt.

426 **Weiterentwicklung**

427 Die Schilderungen dieses Beschlusses ergeben sich aus der aktuellen Perspektive
428 und verstehen sich im Kontext einer Transformation des gesamten Bildungssystems.
429 Sie sind weder statisch noch alternativlos. Das Bildungszentrum entwickelt sich
430 stetig weiter. Grundlage dafür sind wissenschaftliche Erkenntnisse sowie die
431 Einschätzungen der Schüler*innen und Lernbegleitenden. Besonders wichtig ist,
432 dass Lerninhalte auf ihre Aktualität geprüft und dem Zeitgeschehen angepasst
433 werden.

V-7-B Gegen das globale Patriarchat - Für eine queerfeministische Außenpolitik

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.11.2020
Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Unsere junggrüne Friedens- und Außenpolitik richtet sich an diejenigen, die von
2 ihr betroffen sind und ist sensibel gegenüber Machtverhältnissen, die diese
3 Betroffenheit verstärken. Wir befürworten den Paradigmenwechsel, Sicherheit
4 nicht mehr im Sinne von Staaten, sondern im Sinne von Menschen zu denken.
5 Menschliche Sicherheit denkt Bedrohungen durch Hunger, Krankheit, Kriminalität
6 und Repression und physischer, mentaler und sexualisierter Gewalt mit und
7 entwirft Lösungskonzepte, bei der das Individuum und seine Bedürfnisse im
8 Vordergrund stehen. Um menschliche Sicherheit zu verwirklichen, müssen wir
9 Kritik an aktuellen Machtstrukturen ausüben. Denn wir wollen strukturelle
10 Diskriminierung und Unterdrückung jeglicher Art durchbrechen. Gewaltspiralen,
11 Aufrüstung und bewaffnete Konflikte basieren viel zu oft auf toxischen und
12 aggressiven Dynamiken von patriarchalen Strukturen. Wir als Grüne Jugend wollen
13 Machthierarchien durchbrechen und das Thema Frieden und Sicherheit
14 geschlechtergerecht betrachten.

Feministische Außenpolitik denkt intersektional

15
16 Unser Anspruch ist, Außenpolitik queerfeministisch und intersektional zu
17 gestalten. Manche Menschen gehören mehreren marginalisierten Gruppen an.
18 Intersektionalität bedeutet dabei, die besonderen Diskriminierungsformen, denen
19 diese Menschen ausgesetzt sind, zu bedenken. Frauen, inter und trans Personen,
20 die zusätzlich von weiteren Diskriminierungsformen betroffen sind, sind
21 besonders stark marginalisiert. Wir fordern deshalb, auf die Bedürfnisse
22 mehrfach diskriminierter Personen in Situationen des bewaffneten Konflikts und
23 außenpolitischen Lösungsansätzen einzugehen. Intersektionale Ansätze müssen
24 in allen Bereichen der deutschen Außenpolitik gemainstreamed werden. Dabei
25 steht am Anfang etwa die systematische Sammlung von nach Geschlechtern
26 aufgeschlüsselten Daten, die sich nicht nur auf binäre Geschlechterkategorien
27 beschränken, sondern alle Geschlechter einbeziehen. Darüber hinaus muss eine
28 Analyse der Geschlechterperspektive bei der Entwicklung, Umsetzung und Bewertung
29 von allen außenpolitischen Maßnahmen durchgeführt werden, um

30 geschlechtergerechte Maßnahmen zu ermöglichen. Diese Analyse muss eine
31 intersektionale Perspektive haben, die berücksichtigt, dass Menschen eines
32 bestimmten Geschlechts eine heterogene Gruppe sind, unterschiedliche
33 Lebensbedingungen haben, zu verschiedenen sozialen Gruppen gehören und von
34 unterschiedlichen Diskriminierungsformen betroffen sind, die sich überschneiden
35 und miteinander interagieren.

36 **Feministische Außenpolitik setzt die Rechte von** 37 **Frauen, inter und trans Personen konsequent um**

38 Wir wollen, dass Frauen, inter und trans Personen ihre universellen
39 Menschenrechte wie Schutz vor Gewalt und Diskriminierung uneingeschränkt
40 wahrnehmen können. Ob aufgrund von materiellen Abhängigkeiten, fehlenden
41 Mobilitätsmöglichkeiten, mangelndem Schutz vor geschlechtsbasierter Gewalt
42 oder weiteren Faktoren - Frauen, inter und trans Personen sind oft
43 überproportional stark von bewaffneten Konflikten betroffen. Die Situation von
44 trans, inter, non-binary und agender Personen verdient dabei besondere
45 Aufmerksamkeit, weil sie meist ebenso unter cis-männlicher Dominanz leiden,
46 aber zusätzlich durch binäre Geschlechtersysteme unsichtbar gemacht werden. So
47 stehen ihnen keine Schutzräume zur Verfügung, was sich in bewaffneten
48 Konflikten besonders stark auswirkt. Feministische Außenpolitik geht jedoch
49 darüber hinaus, Frauen, inter und trans Personen nur als primäre
50 Adressat*innen von Nothilfe zu sehen. Denn Frauen, inter und trans Personen sind
51 Akteur*innen und Rechtsträger*innen und müssen als solche anerkannt werden.
52 Daher müssen die Rechte von Frauen, inter und trans Personen in allem
53 außenpolitischem Handeln berücksichtigt und gestärkt werden. Das bedeutet
54 auch existierende diskriminierende Gesetze auf allen Ebenen abzubauen. Auch in
55 der Entwicklungszusammenarbeit sowie in der Handelspolitik müssen
56 Geschlechtergerechtigkeit und intersektionale Ansätze integriert werden.

57 **Feministische Außenpolitik kämpft für** 58 **gerechte Ressourcenverteilung**

59 Patriarchale Strukturen führen in Deutschland und weltweit dazu, dass die
60 Teilhabe von Frauen, inter und trans Personen an sozialen, ökonomischen und
61 politischen Ressourcen begrenzt bleibt. Das ist inakzeptabel, denn für uns ist
62 klar: Frauen, inter und trans Personen haben das Recht an mindestens 50 Prozent
63 der Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Dazu muss die
64 Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich gegen bestehende
65 Machtstrukturen und für mehr Teilhabe von Frauen, inter und trans Personen und
66 marginalisierten Gruppen einsetzen, eine zentrale Rolle einnehmen. Wir wollen,
67 dass in allen Bereichen Personal und finanzielle Mittel explizit zur
68 Gleichstellung von Frauen, inter und trans Personen bereitgestellt werden. Diese
69 Prozesse müssen partizipativ gestaltet werden, damit sie die Lebensrealitäten

70 von Frauen, inter und trans Personen vor Ort berücksichtigen.

71 **Feministische Außenpolitik bringt Frauen, inter**
72 **und trans Personen an die Verhandlungstische**

73 Die aktive Teilnahme von Frauen, inter und trans Personen an Verhandlungen
74 fördert den Aufbau geschlechtergerechter und diverser Strukturen und sichert
75 somit langfristig Frieden. Die Teilhabe von Frauen, inter und trans Personen und
76 somit die Inklusion einer ganzen Bevölkerungshälfte in Verhandlungsprozesse
77 führt dazu, dass marginalisierte Gruppen ihre wichtigen Perspektiven in die
78 Verhandlungen einbringen können. Somit können Lösungsansätze gefunden
79 werden, die diverse Perspektiven auf soziale und globale Gerechtigkeit
80 berücksichtigen.

81 Frauen, inter und trans Personen müssen als Entscheidungsträger*innen auf
82 allen Ebenen der Sicherheits- und Friedenspolitik einbezogen werden.
83 Geschlechterhierarchien dürfen in keinem auswärtigen Engagement, sei es
84 Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenprävention oder Mediation von
85 Friedensverhandlungen gestärkt, sondern müssen aufgebrochen werden. In
86 Friedensprozessen müssen Frauen, inter und trans Personen und andere
87 marginalisierte Gruppen anerkannt werden und aktiv an Waffenstillstands- und
88 Friedensverhandlungen teilnehmen. Frauen, inter und trans Personen müssen zudem
89 nachhaltig auf allen Ebenen der Friedensarbeit aber vor allem in kommunalen
90 Gemeinschaften durch finanzielle und technische Unterstützung gestärkt werden.
91 Dazu gehören die Sensibilisierung und Ausbildung zum Thema Frauen, inter und
92 trans Personen, Frieden und Sicherheit, Mediations- und Verhandlungstrainings
93 sowie die Vernetzung von Frauen, inter und trans Personen in verschiedenen
94 Konfliktkontexten. Auch bei Verhandlungen, welche im Rahmen der EU, OSZE oder
95 Vereinten Nationen geleitet werden, muss sich die Bundesregierung für eine
96 stärkere Frauen-, inter und trans Personen-Beteiligung einsetzen. Auch in der
97 deutschen Außenpolitik sind Frauen, inter und trans Personen und andere
98 marginalisierte Gruppen noch chronisch unterrepräsentiert. Dies betrifft sowohl
99 die politische Ebene als auch die Beamt*innenebene. Die Bundesrepublik hatte
100 noch nie eine Außenministerin. 2018 waren nur 16 Prozent der Leitungspositionen
101 in deutschen Auslandsvertretungen von Frauen besetzt. Wir fordern deswegen eine
102 Frauen-, inter und trans Personen-Quote von 50 Prozent für die
103 Führungspositionen im Auswärtigen Amt. Hinzu kommt, dass Initiativen für mehr
104 Diversität im Auswärtigen Amt wie die "Diplomats of Color" ehrenamtliche und
105 damit unbezahlte Arbeit einzelner Diplomatin*innen sind. Das wird dem Reformbedarf
106 der Institution nicht gerecht. Daher fordern wir von den Behörden aufgelegte
107 Diversitätsprogramme und Diversitätsmanagement für die Bundesverwaltung.

108 **Feministische Außenpolitik denkt Abrüstung mit**

109 Eine feministische Außenpolitik, die Frieden und Sicherheit für Frauen, inter
110 und trans Personen garantiert, kann langfristig nur durch Abrüstung erreicht
111 werden. Wir fordern die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags durch
112 Deutschland und den Einsatz für die völkerrechtlichen Ächtung von autonomen
113 Waffensystemen. Die langfristige Abrüstung nuklearer und konventioneller Waffen
114 muss das Ziel einer feministischen, auf menschliche Sicherheit zentrierten
115 Außenpolitik sein. Dabei muss Deutschland selbst mit gutem Beispiel vorangehen.

116 **Feministische Außenpolitik beendet körperliche** 117 **Gewalt an Frauen, inter und trans Personen**

118 Mindestens 50 Prozent aller Geflüchteten sind Frauen, inter und trans Personen.
119 Frauen, inter und trans Personen fliehen wegen Unterdrückung und Verfolgung aus
120 politischen und religiösen Gründen. Aber auch Zwangsheirat, genitale
121 Verstümmelung oder Vergewaltigungen sind weitere Gründe, die Frauen, inter und
122 trans Personen zur Flucht zwingen. Frauen, inter und trans Personen erleben in
123 Krisengebieten und auf der Flucht besonders stark körperliche und psychische
124 Gewalt. Die Auflösung sozialer und gesellschaftlicher Strukturen einer
125 Gesellschaft führt zur Zunahme der Gewaltbereitschaft. In vielen Bürgerkriegen
126 gehören systematische Vergewaltigungen zur erklärten Kriegsstrategie. Frauen,
127 inter und trans Personen, die Opfer von Gewalt wurden, leiden unter psychischen
128 Langzeitfolgen, und ihrer sozialen Isolation. In der Arbeit mit Frauen, inter
129 und trans Personen auf der Flucht und in Kriegsgebieten muss deswegen auch auf
130 diese Formen der erlebten Gewalt eingegangen werden.

131 **Feministische Außenpolitik arbeitet an der** 132 **Überwindung globaler Machthierarchien**

133 Mit feministischen Ansätzen der Außenpolitik arbeiten wir als Grüne Jugend
134 daran, globale Machthierarchien aktiv zu überwinden. Als politischer
135 Jugendverband in einem der reichsten Länder der Welt haben wir die Pflicht, den
136 Herausforderungen der Weltgesellschaft durch Klimakrise, Kriege, Flucht und
137 Vertreibung mit globaler Solidarität und progressiven Lösungsansätzen zu
138 begegnen. Die hier entworfenen Lösungsansätze sollen in einer
139 gleichberechtigten, globalen Debatte weiterentwickelt werden.

V-10-B Notbremse in der Verkehrspolitik: Alle Autobahnprojekte stoppen, Danni retten!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.11.2020
Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Dieser September war erneut der wärmste jemals auf diesem Planeten gemessene
2 September, es brennt wie noch nie in den Wäldern des Amazonas und an der
3 amerikanischen Westküste und wir rasen immer schneller in eine Heißzeit mit
4 lebensfeindlichen Bedingungen: Die Klimakrise zwingt uns zu schnellem Umsteuern.
5 Doch in Deutschland passiert genau das Gegenteil: Immer mehr Straßen führen zu
6 immer mehr Autos, während die Bahn kaputtgespart wird und Schienenkapazitäten
7 fehlen. Die Konsequenzen der bisherigen Verkehrspolitik treffen vor allem
8 Menschen, die an viel befahrenen Straßen wohnen, unter Lärm und Abgasen leiden
9 und nicht wegziehen können oder wollen.

10 Das können wir uns nicht länger leisten: Es braucht einen sofortigen
11 bundesweiten Baustopp für alle geplanten Neu- und Ausbauten von Autobahnen und
12 Bundesstraßen. Bereits mitten im Bau befindliche Projekte müssen abgebrochen
13 werden oder andernfalls nur in drastisch reduziertem Ausmaß und unter erneuter
14 Überprüfung von ökologischen Standards abgeschlossen werden. Eine
15 sozialökologische Verkehrswende ist mittel- und langfristig die einzig
16 nachhaltige Lösung für von Lärm und Abgasen betroffene Anwohner*innen.
17 Kurzfristig muss über alternative Verkehrsführung, Lärmschutzwände,
18 Geschwindigkeitsbegrenzungen und andere Mittel den Anwohner*innen Abhilfe
19 geleistet werden.

20 Im Gegenzug muss mit Hochdruck in den Ausbau des Schienennetzes und des
21 öffentlichen Nahverkehrs investiert werden. Aus dem Bundesverkehrswegeplan muss
22 ein Bundesverkehrswendeplan werden. Andreas Scheuer und seine Vorgänger haben
23 die notwendige Wende viel zu lange sabotiert, diese Versäumnisse müssen wir
24 jetzt ausbaden. Deswegen muss es jetzt umso schneller gehen, um jahrzehntelange
25 Versäumnisse aufzuholen, bevor es zu spät ist.

26 Der notwendige Autobahnstopp betrifft insbesondere auch den geplanten Ausbau der
27 A49 in Hessen. Einen wertvollen, intakten Wald zu roden, um darauf eine Autobahn
28 zu bauen, kann im Jahr 2020 niemand mehr akzeptieren. Wir unterstützen die
29 Proteste zum Schutz des Dannenröder Wald. Der „Danni“ ist neben seinem

30 hohen ökologischen Wert auch ein Wasserspeicher für die umliegenden Gebiete.
31 Diese Wasserspeicher müssen geschützt werden, damit die umliegenden Gebiete
32 nicht unter Wasserknappheit leiden. Durch die zunehmende Überhitzung wird es
33 zudem schwierig, die angedachten Ausgleichsmaßnahmen umzusetzen. Ein
34 artenreicher und gesunder Mischwald lässt sich nicht eben an einer anderen
35 Stelle aufbauen. Deswegen kämpfen wir Seite an Seite mit lokalen Bündnissen
36 und der Klimabewegung gegen den Bau der A49 und werden den Widerstand auch
37 weiterhin tatkräftig unterstützen.

38 Milliarden, die heute noch in veralteten Autobahnprojekten versenkt werden,
39 fehlen für die sozialökologische Verkehrswende. Die Kosten des Projekts A49
40 sind seit Ende 2019 weiter angestiegen. Öffentlich-private Partnerschaften
41 dürfen nicht zur Verschleierung explodierender Kosten genutzt werden. Die ÖPP-
42 Verträge zur A49 müssen gekündigt und inklusive
43 Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen vollständig veröffentlicht werden.
44 Verantwortlich für dieses kopflose Projekt ist der Bundesverkehrsminister. Er
45 muss diese Verantwortung jetzt übernehmen und die A49 stoppen – oder den Weg
46 frei machen für Nachfolger*innen, die dem Amt gewachsen sind. Doch gerade weil
47 völlig unklar ist, wie lange Andreas Scheuer überhaupt noch im Amt ist,
48 dürfen jetzt in Hessen nicht vorschnell Fakten geschaffen werden: Wir fordern
49 von der hessischen Landesregierung, die Räumung jetzt sofort abubrechen und
50 nicht länger Tatsachen zu schaffen für einen Plan, der ohnehin in die Tonne
51 gehört. Die Klimakrise lässt es nicht zu, einfach weiterzumachen wie bisher.
52 Wir werden den Planeten nicht retten können, ohne Konflikte einzugehen. Im
53 Konflikt um die A49 gab es lange nicht genug Rückhalt, um die Pläne zu
54 stoppen. Das hat sich nun geändert: Nicht nur die Dringlichkeit der Klimakrise
55 hat sich verschärft, auch der Widerstand gegen neue Straßenprojekte ist
56 breiter geworden. Wir sind in unserem Kampf für die Verkehrswende schon lange
57 nicht mehr auf uns alleine gestellt. Die Zeit der Autobahnen ist vorbei.